

GEGEN DEN NEUEN FASCHISMUS UND DEN NATIONALISMUS DER MITTE





Eine Broschüre von T.O.P. B3rlin als Teil der Kampagne Nationalismus ist keine Alternative (NIKA)

EINLEITUNG

Diese Broschüre richtet sich an alle, die der weltweite Aufstieg sogenannter rechtspopulistischer Kräfte umtreibt. „Sogenannt“ deswegen, weil wir in diesem Text argumentieren, dass diese Kräfte im Kern faschistisch und nicht „rechtspopulistisch“ sind. Die Broschüre liefert dazu eine theoretische Einschätzung und stellt einige Beispiele praktischer Politik vor. Sie soll dabei vor allem mit antifaschistischer Politik im Rahmen der Mitmach-Kampagne Nationalismus ist keine Alternative, kurz NikA, vertraut machen und versteht sich lediglich als Einstieg, erste Orientierung und Überblick.

Die Broschüre wurde bereits vor vielen Jahren von T.O.P. B3rlin in Angriff genommen und entstand noch in einer Zeit, in der auch in der radikalen Linken Verunsicherung über den Charakter von AfD, Pegida und Identitärer Bewegung herrschte sowie über die allgemeine gesellschaftliche Situation, aus der heraus sie entstanden und die sie gleichsam verkörpern und repräsentieren. Unsere damaligen Diskussionen ergaben, dass es sich hierbei um Faschismus handelt, dass AfD, Pegida und Co von einer faschistischen Ideologie und Dynamik ergriffen sind, und dass dies entscheidend sein würde für die weitere Entwicklung.

Allerdings haben wir es hier, wie in der Broschüre gezeigt wird, mit einem neuen Faschismus zu tun, der eine Art Aktualisierung und Anpassung des historischen Faschismus ist und sich zudem von der Ideologie des Nationalsozialismus unterscheidet. Diese damals recht radikale These ist durch die weitere Entwicklung, insbesondere der AfD, nicht nur bestätigt worden, sondern sie wird mittlerweile auch außerhalb antifaschistischer Kreise und außerhalb der radikalen Linken geteilt. Es ist daher sinnvoll, noch einmal an den Stand der Debatte um 2014 zu erinnern, insbesondere an die Zeit vor der sogenannten „Flüchtlingskrise“. Denn die These vom neuen Faschismus entstand zu einer Zeit, als Öffentlichkeit, Medien und Parteien noch von einer „Protest-

partei“ und von „Protestwählern“ sprachen, als es hieß, Pegida dürfe nicht „pauschal in die rechte Ecke gestellt“ werden und die „Ängste und Sorgen der Bürger“ müssten ernst genommen werden. Mit „den Bürgern“ waren, wohlgemerkt, nicht Geflüchtete, Menschen mit Migrationsgeschichte, Muslima_Muslime oder Jüdinnen_Juden gemeint, sondern die enthemmte Mitte, die mit Galgen für Merkel und Gabriel allmontäglich Ressentiments und Lynchphantasien demonstrierte oder an der Grenze auf Geflüchtete schießen lassen wollte. Die Broschüre kommt nun zu spät heraus, um hellsichtig die zukünftige Entwicklung anzukündigen. Allerdings war diese Einschätzung sowohl aufgrund der historischen Erfahrungen als auch aufgrund der um 2015 akuten Dynamik naheliegend und in den einschlägigen Kreisen radikaler Gesellschaftskritik ohnehin verbreitet. Mittlerweile hat die AfD erst ihren wirtschaftsliberalen Lucke-Flügel und dann ihren national-konservativen Petri-Flügel abgestoßen. Sie wird nunmehr beherrscht von „dem Flügel“, der für den neuen Faschismus steht. Damit hat sich genau diejenige faschistische Dynamik durchgesetzt, von der die AfD, unabhängig vom quantitativen Anteil des Flügels an der Gesamtpartei, abhängig ist. Parallel zu dieser Säuberung von ihrem wirtschaftsliberalen und ihrem nationalkonservativen Flügel sowie zur Selbstradikalisierung von Gauland und seinen Mitstreiter_innen hat sich die Partei professionalisiert. Mehr noch, sie hat sich bereits institutionalisiert, ohne an der Macht zu sein. Denn das eigentliche Problem sind nicht mehr nur die Verbindungen zur Neonazi-Szene oder die Vergangenheit von AfD-Leuten in dieser Szene. Das eigentliche Problem und die eigentliche Gefahr sind die Anhänger_innen, Mitglieder und Sympathisant_innen der AfD in der Polizei, beim Militär, beim KSK, in der Staatsanwaltschaft, im Justizsystem, usw. Enthemmung, Selbstradikalisierung, Aktivierung der sogenannten bürgerlichen Mitte, kurz Umschlag von liberaler Demokratie in neuen Faschismus: Das bedeutet, dass auch der institutionalisierte Bereich kippt, dass der Staat und seine Apparate von innen her umkippen. Die Polizei etwa hat mehr als nur ein Rassismusproblem. In ihr existieren nahezu deutschlandweit Nazi-Netzwerke. Und sie hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil an AfD-Anhänger_innen, die mitunter wiederum Kontakte zu Nazis unterhalten und sie, wie beispielsweise im Fall der Anschlagsserie in Berlin-Neukölln, mit Informationen versorgen. Wenn Teile der sogenannten gesellschaftlichen Mitte zum neuen Faschismus überlaufen, dann heißt das, dass auch Teile der Polizei, des Militärs, der Justiz etc. überlaufen.

Allerdings ist der Aufstieg des neuen Faschismus ein weltweites Phänomen. Die jeweiligen nationalen Erscheinungsformen, vom Hindu-Nationalismus in Indien über Orbán und die PiS in Osteuropa, Le Pen, Salvini und Gauland in Westeuropa bis hin zu Bolsonaro und Trump in Brasilien und den USA, sind Reaktionen auf weltweite ökonomische Verwerfungen und eine politische Legitimationskrise. Sie betrafen zunächst Finanzkapitalismus und Neoliberalismus und dann deren Transformation in eine Staatsschuldenkrise und in Austeritätspolitik, begleitet von einer technokratisch-autoritären Wende des „alten“ Neoliberalismus. Der neue Faschismus ist eine Reaktion darauf, aber zugleich hat er diese Krise übernommen, verschärft und ideologisch ausgebeutet. Die Globalisierung des Kapitals vollzieht sich daher nicht nur durch seine ständigen und multiplen Krisen. Auch und gerade die Reaktionen darauf sind selbst Teil der Krise, und zugleich sind sie deren Verlängerung, Verlagerung und Verschärfung. Allein schon wegen dieser feindlichen Übernahme und ideologischen Ausbeutung der kapitalistischen Verwerfungen und Krisen kann der neue Faschismus an deren Lösung nicht interessiert sein. Allerdings ist ein Denken, das globale kapitalistische Dynamiken und Krisen, das soziale Verwerfungen, kapitalistische Strukturen und Machtverhältnisse nur in Kategorien und Begriffen des Nationalen und des Völkischen und der nationalen und identitären Schließung denken kann ohnehin für Lösungen von vornherein unfähig. Es muss stets personifizieren und Schuldige präsentieren: Für Trump ist die Antifa für Black Lives Matter Proteste oder die WHO für die Corona-Pandemie verantwortlich, für Orbán ist Soros für „Zinsknechtschaft“ verantwortlich, und für die AfD sind Merkel und Migrant_innen für so ziemlich alles verantwortlich. Durch diese Personifizierung kapitalistischer Krisen und überhaupt gesellschaftlicher Verhältnisse ist der neue Faschismus nicht nur von seiner Struktur her antifeministisch, rassistisch und antisemitisch, er ist auch

stets als Verschwörungserzählung angelegt. Als mit dem Aufstieg der AfD der neue Faschismus zur Massenideologie wurde, wurden um 2015 geradezu zwangsläufig zunächst auch die Angriffe auf Unterkünfte und Geflüchtete zu einem Massenphänomen. Oft wurden sie von Täter_innen verübt, die statt von Kameradschaften und Nazi-Strukturen durch die AfD politisiert und aktiviert wurden. Dann kamen die Morde: Kassel, Halle und Hanau. Da die AfD den Diskurs so weit verschoben hat, dass mittlerweile der Einsatz für Geflüchtete als Linksextremismus gilt, werden folgerichtig von den Nazis selbst CDU-Politiker wie Lübcke als „Volksfeinde" hingerichtet. Es gibt also nicht nur eine aktivierbare Masse, eine Art braune Anti-Zivilgesellschaft, die von Angriffen auf Unterkünfte über Aufmärsche wie in Chemnitz bis zu pogromartigen Zuständen wie in Heidenau aktivierbar ist. Es eskaliert auch die Qualität der Angriffe, bis hin zu Taten, die als Massenmorde geplant werden und wie eine weltweite Kettenreaktion von Breivik in Norwegen über Christchurch in Neuseeland bis Hanau und Halle funktionieren.

Auch der Protest gegen den Aufstieg des neuen Faschismus ist global, aber auch er wird vor allem negativ „globalisiert", nämlich durch die Verschränkung der kapitalistischen Krisen und durch deren Übernahme und Verschärfung durch die Kräfte, Parteien und Führungsfiguren des neuen Faschismus. Feminismus, Antirassismus, LGBTIQ+, aber auch neue Sozialproteste und Klassenkämpfe kommen vor allem in Abwehrkämpfen überein, zugleich wird aber auch jeweils ein bestimmter Kampf eine Zeit lang übergreifend und fungiert als gemeinsamer Nenner. So war unmittelbar nach der Wahl Trumps und im Zuge von #metoo und der Frauenkämpfe in Lateinamerika zunächst Feminismus weltweit am sichtbarsten. Es folgte die Sequenz, in der Fridays for Future und Klimaproteste zu einer Sammlungsbewegung wurden, die einerseits Klima und Ökologie in den Kontext der systemischen Zwänge und Krisen des Kapitalismus stellte und die andererseits von den Kräften des neuen Faschismus zu einem neuen Gegner erklärt wurden. Und zuletzt wurden Black Lives Matter und Anti-Rassismus zum Ort der Übereinkunft.

Die Broschüre soll an die Aufgabe antifaschistischer Politik schlechthin erinnern: Aufgabe ist nicht, die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft vor ihr selbst zu retten, vor ihrem Umschlag in autoritäre, reaktionäre und faschistische Ideologie und Politik, sondern genau dieses Umkippen zu thematisieren und die Ursachen zu bekämpfen und abzuschaffen. Die Ursachen liegen, so wird im ersten Teil „Die Logik des neuen Faschismus" gezeigt, in der kapitalistischen Produktionsweise, die keine rein ökonomische, sondern auch eine Ideologieproduktion ist. Sowohl zur ökonomischen Produktion als auch zur Ideologieproduktion gehören darüber hinaus der Staat und seine Apparate. Zwei für den neuen Faschismus wichtige ideologische Stränge werden genauer vorgestellt: Antifeminismus und antimuslimischer Rassismus. Der zweite Teil der Broschüre ist der Praxis gewidmet. Die Initiative „Kein Raum der AfD" aus Berlin, die Gruppe Eklat aus Münster, die Kampagne „Kick them out!" aus Halle und die redical (M) aus Göttingen und NIKA Bayern stellen vor, was notwendig ist, was funktioniert und was nicht. Am Ende der Broschüre gibt es ein Glossar mit Begriffen, die vielleicht neu oder unklar sind.

Theorie und Praxis zusammengenommen zeigen, dass wir uns angesichts des neuen Faschismus auf unsere antifaschistischen Erfahrungen verlassen müssen: Der neue Faschismus hat keine Lösungen für Probleme, die er einerseits personifiziert und kulturalisiert, ethnisiert und vergeschlechtlicht, um sie andererseits ideologisch auszubeuten und zu verschärfen. Diese innere Ökonomie des Faschismus ist nicht darauf angelegt, durch bessere Argumente, empirische Erfahrung, faktische Evidenz oder universelle Wahrheiten widerlegt oder überzeugt zu werden. So unverzichtbar all das für unsere eigene Selbstverständigung ist, so unwirksam ist es meist im Kampf gegen den Faschismus, der einer anderen Ökonomie und Ideologieproduktion mit einer eigenen Dynamik folgt. Und auch die bürgerliche Demokratie ist kein Bollwerk gegen einen Faschismus, der aus ihrem Inneren heraus entsteht. Es hilft nichts: Wir müssen uns auf die eigenen Erfahrungen und Erkenntnisse verlassen und die antifaschistische Selbsthilfe organisieren – alles muss man selber tun!



TEIL I
1. DER FASCHISMUS DES 21. JAHRHUNDERTS

1.1. DIE LOGIK DES NEUEN FASCHISMUS

Anfangs herrschte allseits Unsicherheit, worum es sich bei Parteien wie der AfD und Mobilisierungen wie Pegida handelt. Sind sie faschistisch, oder handelt es sich um eine neue, eigenständige Form, etwa um Rechtspopulismus oder eine neue autoritäre Formierung? Der Mehrheitsgesellschaft fiel es lange schwer, das Kind beim Namen zu nennen. Doch mittlerweile ist klar geworden: Die AfD ist von einer faschistischen Ideologie ergriffen, auch wenn nicht alle Wähler_innen, Mitglieder und Abgeordnete Faschist_innen sind. „Ergriffen" heißt, die bisherige Entwicklung der AfD, ihre innere Dynamik und ihr Erfolg sind von der inneren Konsequenz und Logik einer faschistischen Ideologie und Politik her zu begreifen.

Allerdings handelt es sich um einen neuen Faschismus. Dieser ist nicht identisch mit dem Nationalsozialismus, sondern er reagiert auf den historischen NS – teils durch Abgrenzung, teils durch Tarnung und Anspielung. Vor allem ist er aber eine Aktualisierung und Erneuerung faschistischer Überzeugungen und Politikformen. Er ist Teil der Strategie einer sogenannten Neuen Rechten (die mittlerweile seit vielen Jahrzehnten so bezeichnet wird), der es weniger um Blut und Boden geht, sondern die um eine kulturelle und gesamtgesellschaftliche Vorherrschaft kämpft und die auch über Wahlen an die Macht kommen will. Sie ist zwar rassistisch und völkisch, lässt sich aber nicht darauf reduzieren. Die AfD ist die parlamentarische Kraft dieser Strategie.

Um zu begreifen, was den neuen Faschismus ausmacht, müssen wir seine Ideologie, seine Politik und seinen gesellschaftlichen Kontext verstehen.

Wesentlich für den Faschismus und seine aktuellen Erscheinungsformen wie AfD, Pegida, Identitäre Bewegung usw. ist zunächst ein angeblich homogenes, einheitliches Volk, das gegen seine vermeintlichen Feinde zusammengeführt und verteidigt werden soll. In diesem Verständnis ist Gesellschaft nicht von vornherein heterogen und bewegt sich in Widersprüchen, sondern sie ist eine quasi organische Gemeinschaft, die von Feind_innen bedroht und dadurch erst widersprüchlich, ja zersetzt wird: von oben („korrupte Eliten"), von außen (Migrant_innen, andere „Rassen", Kulturen, Religionen) und im Inneren (Jüdinnen_Juden, Kommunist_innen, LGBTIQ+, Feminist_innen, Klimaschützer_innen, Antifa etc.). Dieses strikte Freund-Feind-Schema ist zentrales Merkmal faschistischer Ideologie. Den historischen wie den neuen Faschismus eint also dasselbe Phantasma von Volk und Nation, das zwar mit dem Kapitalismus und dem neuzeitlichen Nationalstaat erst entstand, aber wie eine ahistorische Wesens- und Schicksalsgemeinschaft verstanden wird. Im Begriff des Volkes werden die zentralen Begriffe und Werte faschistischer Ideologie entlang der Linie Männlichkeit, Heterosexualität, Familie, Kultur und Nation „vergemeinschaftet".

Die Produktion dieser Ideologie ist recht simpel und durch die ökonomischen Verhältnisse und die herrschenden Vorstellungen und Diskurse in der bürgerlichen Gesellschaft gewissermaßen vorbereitet. Sie entsteht nicht zwangsläufig, aber doch gleichsam naturwüchsig; das ist auch der Grund für die Eingängigkeit und Massenwirksamkeit des neuen Faschismus. Er kritisiert gesellschaftliche Verhältnisse nicht als solche, d.h. die Gesellschaft ist für ihn nicht durch ihre Produktionsweise, ihre ökonomischen und politischen Strukturen und Widersprüche bestimmt, und es ist nicht diese gesellschaftliche ‚Natur' mit ihren inneren, systematischen Zwängen, die zu Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Krisen führt. Stattdessen werden diese gesellschaftlichen Verhältnisse wie eine ungesellschaftliche Natur behandelt, und die Ursachen von gesellschaftlichen Verwerfungen, Krisen etc. werden ethnisiert, kulturalisiert, vergeschlechtlicht und personifiziert sowie völkisch, rassistisch, nationalistisch und religiös überschrieben und aufgeladen. Vereinfacht zusammengefasst: gesellschaftliche Verhältnisse werden naturalisiert, das heißt auf quasi-natürliche Eigenschaften von Völkern und Kulturen, Nationen und Geschlechtern zurückgeführt, und die sind letztlich ebenso vorab gegeben wie unabänderlich.

In den Begriffen „Volksgemeinschaft" und „Volksverräter" wird diese Ideologie auf den Punkt gebracht: Wer von dem Volk spricht, spricht weder von Klassen noch vom Patriarchat – und so homogen die Vorstellung von Volk, so folgerichtig ist dann eine Politik der Gleichschaltung und der Säuberung. Genau in diesem Verschieben und Verdrängen gesellschaftlicher und spezifisch kapitalistischer Verhältnisse und ihrer Widersprüche durch ihre Naturalisierung einerseits und ihre Kulturalisierung andererseits besteht die Ideologieproduktion. Auch wenn diese Ideologieproduktion die kapitalistische Gesellschaft und ihre Widersprüche nicht als solche erkennt und benennt, sondern gleichsam ins Völkische und Kulturelle verdrängt, kann sie von den tatsächlichen Zuständen und ihrer völkischen Interpretation profitieren. Daraus bezieht die Ideologie ihre Attraktivität, ihre innere Logik und Autorität.

Die Ideologieproduktion betrifft aber keineswegs nur das Bewusstsein. Vielmehr entspricht dem eine ganz praktische und handfeste Politik des neuen Faschismus. Auch ihre politische Praxis zielt darauf ab, das Volk vor den erwähnten Feind_innen oben, außen und im Inneren zu schützen. Wer nicht zur Gemeinschaft gehört, soll ökonomisch, rechtlich, politisch, sozial und kulturell aus allen Bereichen der Gesellschaft ausgeschlossen werden – zur Not mit Gewalt. Am Ende – und darauf muss eine Naturalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse hinauslaufen – kann die „Lösung" nur in Reinigung, Ausmerzung und Vernichtung bestehen.

Das Beschwören einer Bedrohung des Volkes und die Anrufung von Ängsten sind aber nur die halbe Wahrheit des Faschismus. Die 'andere Hälfte' ist die Ökonomie des Begehrens und Genießens. Schon der historische Faschismus forderte von der antifaschistischen Gesellschaftskritik eine Antwort auf die Frage, warum die Menschen Unfreiheit und

Unterdrückung – und zwar auch die eigene – geradezu wollen, begehren und genießen. Was ist der individuelle oder gemeinschaftliche Gewinn, Faschist_in zu sein?

Neben dem Versprechen von kultureller Zugehörigkeit, nationaler Gemeinschaft und Sinnstiftung ist es das Versprechen, sich über andere zu erheben, sich von allen Feind_innen zu befreien und beides gewaltsam ausleben zu dürfen. Im Gegensatz zum bürgerlichen Ideal der Selbstbeherrschung, der Emotionskontrolle und der individuellen Verantwortung verspricht der Faschismus seinen Anhänger_innen das Ausleben und Ausbeuten der imaginierten völkischen und kulturellen Differenzen und Ressentiments – damals im Herrenmenschentum, im Pogrom und im Krieg, heute vorerst im Internet, aber auch auf der Straße wie bei Pegida oder im rauschhaften Loslegen wie in Chemnitz 2019. Als Teil der nationalen Gemeinschaft erleben sie dieselbe Macht, der sie sich zugleich unterwerfen – dieses Aufgehen in der Gemeinschaft und die Befreiung von den Notwendigkeiten der Selbstreflexion und Eigenverantwortung ist das „Freiheitsversprechen" des Faschismus. Seine Brutalität liegt bereits in diesem Versprechen von totaler Enthemmung im verantwortungslosen Rausch. Die Ausraster und Ressentiments von Donald Trump bis Akif Pirinçci werden von ihren Anhänger_innen daher nicht peinlich berührt übersehen, sondern als Akte der Befreiung, „Mut zur Wahrheit" und als Tabubrüche gefeiert. So wahnhaft diese Befreiung der Triebe, diese völkische Verschmelzung und diese homogene Gleichschaltung auch sind, so sehr sind sie für die Massenwirksamkeit und für die praktische Politik des Faschismus entscheidend.

1.2. HISTORISCHER UND NEUER FASCHISMUS

Der Aufstieg des historischen Faschismus fiel in eine Zeit schwerer ökonomischer und politischer Krisen und Verwerfungen, bewirkt durch den Umbruch in die fordistische Phase der kapitalistischen Produktion, den Ersten Weltkrieg und seine Folgen sowie die Weltwirtschaftskrise 1929. Auch die Russische Revolution spielte eine große Rolle.

Während so der historische Faschismus aus einer Situation des Umbruchs und des Klassenkampfes hervorging, geht der neue Faschismus aus dem Niedergang dieser Phase fordistisch-industrieller Massenproduktion und der sozialistischen Arbeiterbewegung hervor sowie aus dem Ende des Realsozialismus und der angeblichen Alternativlosigkeit der „One World des Kapitals". Der Niedergang sowohl des Fordismus als auch des Realsozialismus ging mit einer ökonomischen, aber auch kulturellen Entwertung weiter Bevölkerungsteile einher, mit einem neoliberalen Abbau der sozialen Sicherungen und einer Entgrenzung von Arbeitsverhältnissen. Auch das männliche Ernährermodell, das in der Nachkriegszeit auf dem Familienlohn beruhte, ist dadurch kollabiert.

Diese Prekarisierung und ökonomisch-kulturelle Entwertung fordistischer Arbeitsverhältnisse betrifft nicht allein das Industrieproletariat (Rust Belt in den USA, abgehängte Industrieregionen in Frankreich, Großbritannien und Ost-Deutschland etc.). Es ist vielmehr eine klassenübergreifende Entwertung der Kultur und der Werte einer überschaubaren und geordneten Lebensweise aus Hetero-Ehe und Eigenheim, zwei Kindern und VW-Passat, Kegelverein und lebenslanger Beschäftigung (wenngleich es diese Lebensweise nur für eine kurze Periode gab, und das auch nur in einigen Industrieländern). Gerade diejenigen Bevölkerungsteile, die sich nicht nur ökonomisch, sondern auch sozio-kulturell gleichsam entwertet fühlen, verklären heute die überschaubare Lebensweise von damals. Für deren Verlust werden nicht die Erschöpfung der fordistischen Produktionsweise oder die Dynamik und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Verwertung verantwortlich gemacht, samt dem Niedergang der dazugehörigen politischen Repräsentantinnen wie Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Die Verantwortung wird vielmehr personifiziert und als eine Art Verschwörung aus neoliberalen Eliten, Globalisten und 68er Linken ausgegeben. So kommt es, dass „weltoffene" Metropolen und ihre Stadtteile und Milieus (die kosmopolitische, gayfriendly Künstlergemeinde, Genderstudies, Gutmenschen und Multikulti) für beides stehen: für neoliberale Elite und „linksgrün versifften" Multikulti.

Auch die Formierung, Radikalisierung und Aktivierung durch neue Technologien und Massenmedien, die heute eine große Rolle spielen, funktioniert gleichsam umgekehrt zum historischen Faschismus. Statt Formierung der Massen durch staatliche Hetze von oben, wie das für den historischen Faschismus und den Einsatz der Volksempfänger-Radios charakteristisch war, setzen das Internet und die verschiedenen Plattformen und Formate der Sozialen Medien an einer individualisierten Bevölkerung an. Sie ermöglichen eine niedrigschwellige Politisierung sowie eine individualisierte (Selbst-)Aktivierung und (Selbst-)Radikalisierung, mithin eine eher dezentrale Formierung und Enthemmung individualisierter ‘Volksempfänger‘ durch Filterblasen, Echokammern und Verschwörungsideologien. Dadurch werden vormals passive Bevölkerungsteile, die seit dem historischen Faschismus immer latent vorhanden waren, die aber durch die klassischen Formen der politischen Bildung und Organisierung und der „Qualitätsmedien“ nicht erreicht wurden, nun aktiviert, enthemmt und in Interaktion gesetzt (was nicht heißt, dass die klassischen Massenmedien und politischen Repräsentantinnen nicht ihrerseits solche Inhalte und Stimmungen verbreiten, und sei es, dass sie ihnen hinterherrennen).

Damals wie heute gilt indes: So sehr das Volk als quasi-natürliche Einheit unhinterfragbar vorausgesetzt wird, so sehr ist es einer existenziellen Bedrohung ausgesetzt. Das erklärt, warum sowohl im historischen Faschismus als auch im neuen Faschismus von AfD, Pegida oder Identitärer Bewegung permanent von der Situation eines Ausnahmezustandes her argumentiert wird: Identität und Souveränität, Männlichkeit und Familie, Kultur, Nation und Volk, Staat und Außengrenzen, Recht und Ordnung – alles ist ständig bedroht und mindestens im Niedergang begriffen. Darum auch die Notwendigkeit des nationalen „Erwachens“ und des entschiedenen Handelns. Angesichts dieser höchsten Gefahr für das Volk wird ein Notwehrrecht eingeräumt, das im Interesse des Überlebens der Nation über dem Interesse der Einzelnen steht, das klare Freund-Feind-Unterscheidungen und harte Entscheidungen verlangt. Dafür fordern die Faschist_innen einerseits, Opfer zu bringen, und wähnen sich andererseits berechtigt und ermächtigt, selbst loszuschlagen.

Was dadurch exekutiert wird, ist ein angeblich authentischer und einheitlicher Volkswille. Im völkischen Denken sollen nicht nur Staat, Bevölkerung und Nation deckungsgleich werden, der Wille dieser Volksgemeinschaft soll im Souverän quasi verkörpert sein. Im historischen Faschismus war das der „Führer“, heute beanspruchen die Bolsonaros, Trumps, Höckes oder Salvinis diese unmittelbare Artikulation des Volkswillens. Politischer Austausch, Streit und Kompromiss erscheinen altem und neuem Faschismus nicht nur als Zeitverschwendung, vielmehr ist politische Repräsentation als solche von vornherein unmöglich, weil ‘uneigentlich‘. Darum auch die Vorliebe für Formen der Volksabstimmung und der direkten Demokratie: Demokratie, das ist nicht Selbstorganisation, kollektive Strukturen, Teilnahme an basisdemokratischen Prozessen, (Selbst-)Ermächtigung der Schwachen, Unterdrückten und Ausgegrenzten etc., sondern Demokratie soll die Vollstreckung eines ohnehin quasi normalen und natürlichen, homogenen Volkswillens sein, der durch bloße Ja-Nein Abfragen, wie im Falle des Brexit, festgestellt wird. Das soll auf der Ebene der „Volkssouveränität“ die „Entscheidung über den Ausnahmezustand“ (Carl Schmitt) sein, die in der faschistischen Ideologie der „Führer“ für die Gemeinschaft fällen soll.

Im Zuge dieser Entwicklungen hat sich der gesellschaftliche Diskurs nicht einfach „nur“ nach rechts verschoben – das Verhältnis zur Wahrheit selbst hat sich verändert. (So wie etwa Fox News nicht einfach nur das konservative Gegenstück zum liberalen CNN ist, sondern eine ganz andere Art von „Journalismus“ betreibt.) Strategien der Aufklärung wie wissenschaftliche Analyse und Überprüfbarkeit, empirische Belege und selbst einfache Faktenchecks müssen gegenüber Troll-Taktiken, Provokationen und Verschwörungserzählungen scheitern. Die faschistischen Subjekte pflegen ein zynisches und instrumentelles Verhältnis zur Wahrheit, das rationale Diskussionen gezielt unterlaufen will – das wirkt ebenso autosuggestiv als Selbstvergewisserung nach innen wie attraktiv und mobilisierend nach außen.

Selbst wenn daher einzelne Positionen, Projekte oder Personen – Lucke, Petry, Strache – scheitern, führt das nicht zu einer Schubumkehr in der

Dynamik des neuen Faschismus. Im Gegenteil, noch das Scheitern wird in die Erzählung integriert, dass innere und äußere Feind_innen schuld seien, dass das Establishment die Interessen des Volkes verkauft und verraten habe, oder dass hinter der Rebellion in den USA gegen Rassismus und Polizeigewalt nach dem Tod von George Floyd die Antifa steckt.

Die innere Konsistenz, Konsequenz und Eigenständigkeit dieser faschistischen Ideologie ist entscheidend für die weitere Entwicklung des neuen Faschismus: Es kommt nicht auf einzelne Aussagen und tagespolitisches Geplänkel an, nicht auf das Spiel von Tabubruch und Relativierung und nicht auf all die Anspielungen und Doppeldeutigkeiten in der Rhetorik von AfD & Co. Auch wenn nicht jede_r AfD-Wähler_in und nicht alle, die mal bei Pegida mitgelaufen sind, Faschist_innen sind, ist die faschistische Ideologie für die Beurteilung und das Verständnis der Dynamik dieser Erweckungsbewegungen ausschlaggebend.





1.3. DIE POLITISCHE ÖKONOMIE DES FASCHISMUS

Wie im ersten Kapitel bereits angedeutet, trifft der neue Faschismus den aktuellen Neoliberalismus an seinem wunden Punkt: Die „Wahrheit“ des neuen Faschismus ist die Krise und Delegitimierung eines Neoliberalismus, der keine glaubwürdige Lösung anzubieten hat, zu dem es aber zurzeit auch keine realistischen Alternativen gibt. Die marktliberalen Versprechungen von Gerechtigkeit, Wohlstand und Freiheit erscheinen angesichts der aktuellen Entwicklungen immer unglaubwürdiger. Das belegen auch die „harten“ ökonomischen Fakten. Nicht nur bestehen die Ungleichheit und die Abhängigkeit zwischen den Staaten des globalen Nordens und dem globalen Süden fort, sondern auch innerhalb der Nationalökonomien hat in den letzten Jahrzehnten eine ungeheure Umverteilung des Reichtums zugunsten der wenigen Reichen stattgefunden. Die Institution, die diese Entwicklung in Deutschland abdämpft, ist der nationale Wohlfahrtsstaat – also unter anderem Rente, Kindergeld, gesetzliche Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, aber auch Tarifverträge, Kita und Arbeitsgesetzgebung. Alternativen zu diesem grundsätzlich nationalstaatlich orientierten Modell sind nirgendwo als reale Option erkennbar – insbesondere nicht, nachdem sich die EU in der Eurokrise 2009ff. als Katalysator statt als Schutzinstanz gegen die prekarisierenden und entgrenzenden Kräfte der sogenannten Globalisierung gezeigt hat und linke Hoffnungen einer trans- und postnationalen Solidarität, zumindest in einem europäischen Rahmen, durch die brutale Sparpolitik zerschlagen wurden. Es ist eine Sparpolitik, die den bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaat schon zur Jahrtausendwende in vielen Bereichen zurückgebaut und in manchen zu einer Strafanstalt gemacht hat. So ist es kein Zufall, dass der eigentliche Aufschwung der Rechten in Westeuropa erst begann, als offensichtlich wurde, wie ohnmächtig und unwillig die europäischen und suprastaatlichen Institutionen waren, zum Wohl der gesamten europäischen Bevölkerungen zu handeln. Mit den Zwängen und Abhängigkeiten, in die Syriza und Podemos gerieten, hatte sich der äußerst begrenzte Spielraum für alternative Antworten auf das neoliberale Spardiktat offenbart. Diese Niederlage des linkssozialdemokratischen europäischen Projekts ist einer der Gründe für den rechten Aufschwung.

Hinzu kam seit dem Sommer der Migration 2015 eine neue Empörungs- und Besitzstandslage in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung. Dass im Kapitalismus Verwertung und Ausbeutung global sind, die Reproduktion der Menschen aber privatisiert und vereinzelt zu leisten ist und national und zugleich individuell ausfällt, wurde nun schlagend erfahrbar. Erfahrbar einerseits in Form globaler Waren, die aus China oder den USA per Amazon nach Hause geliefert werden, andererseits aber in der Figur des Kriegs- und Klimaflüchtlings oder der mittellosen Migrant_innen, die in Europa an Land gehen, um nach einem besseren Leben für sich und ihre Familie zu suchen oder weil sie einfach überleben wollen. „Der Flüchtling“ ist im deutschen Massenbewusstsein daher nicht Figur der Anklage oder fordert gar Empathie und Solidarität heraus. Er ist vielmehr Figur der Bedrohung schlechthin, Wiederkehr der verdrängten eigenen „imperialen Lebensweise“ (Wissen/Brand), des schlechten Gewissens und Schuldgefühls sowie der allgemeinen Beunruhigung über den Lauf der Welt. Er dient aber auch der Überheblichkeit der qua Zugehörigkeit zu Volk und Nation Privilegierten gegenüber all denen, die dieser Logik zufolge nicht anspruchsberechtigt sind.

>> Aggressive Exportwirtschaft, neokoloniale Ausbeutungsverhältnisse und Raubbau natürlicher Ressourcen sind Grundlagen unserer Lebensweise, egal ob sie von Luxusautos oder Billigfleisch gekennzeichnet ist. Wir leben nicht über unsere Verhältnisse, sondern auf Kosten von anderen.
Ein Slogan vergangener Refugee Proteste brachte den Zusammenhang zwischen imperialer Lebensweise und Fluchtursachen auf den Punkt:
We are here, because you destroy our countries! <<

Der Umbau des Sozialstaates, das Spardiktat in der Eurokrise, vermehrte Migration, die globale Kapitalakkumulation – diese Gemengelage bildet die lebensweltliche Grundlage, auf der der Spruch „sozial geht nur national“ verfängt. Denn der nationale Wohlfahrtsstaat steht tatsächlich unter einem Finanzierungsvorbehalt, wie der hiesi-

gen arbeitenden Bevölkerung mit der Agenda 2010 und der Ideologie der schwarzen Null unmissverständlich mitgeteilt wurde. Er muss von den Beschäftigten – insbesondere des Exportsektors – erst einmal erwirtschaftet werden. Die nationale Wettbewerbsgemeinschaft ist also mit dem Sozialstaat verknüpft, und die Sorge um die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats sucht entsprechend Schutz im Nationalen, sodass viele die Leistungen auf Angehörige der eigenen nationalen „Schicksalsgemeinschaft" beschränken wollen („Wir sind nicht das Sozialamt der Welt"). Eine internationale, solidarische Gestaltung der sozialen Sicherheit jenseits der Zugehörigkeit zu Volk und Nation gilt diesem Denken wahlweise als naives Gutmenschentum oder linksextrem. Verschärfte Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt kann dagegen nicht, wie so häufig behauptet, eine berechtigte Sorge sein. Denn der Arbeitsmarkt ist klar ethnisch geschichtet, auch, weil die Arbeiten im Niedriglohnsektor kaum jemand macht, der es nicht aus aufenthaltsrechtlichen Gründen oder per Arbeitszwang des Jobcenters unbedingt machen muss. Was die neuen Faschist_innen dagegen von vornherein verkennen: Das deutsche Modell expansiver Exportwirtschaft beschleunigt die Migration oder verursacht sie erst, indem sie Entwicklung und Wachstum in anderen Regionen blockiert. Auch innerhalb der EU wird durch die Exportorientierung und die Handelsungleichgewichte eine Migration von Süd nach Nord ausgelöst. Außerhalb der EU sind die Gründe vielfältiger: Klimawandel, Rohstoffabbau und Waffenexporte sind nur die offensichtlichen Gründe. Entscheidend ist, dass diese systemischen Zusammenhänge nicht nationalstaatlich gelöst werden können und somit auch der faschistische Rückzug ins Nationale hilflos bleibt.

Trotzdem gibt es keinen zwingenden kausalen Zusammenhang zwischen wachsender sozialer Spaltung und gesellschaftlicher Desintegration einerseits und dem Aufstieg des neuen Faschismus andererseits. Denn der neue Faschismus in all seinen politischen Erscheinungsformen sucht für all das gerade keine Lösung, sondern er nimmt eine Problemverschiebung und -verschärfung vor, von der er wiederum – denn so funktioniert Faschismus – profitiert: Die gesellschaftlichen und insbesondere die ökonomischen Gründe für Verwerfungen und Krisen werden rassistisch ethnisiert und kulturalisiert, sexistisch vergeschlechtlicht und antisemitisch personifiziert, und gesellschaftliche Widersprüche von Oben und Unten, Arm und Reich und zwischen den Klassen werden als Kampf von Innen gegen Außen ausgegeben: das Volk gegen seine Feind_innen. Auch Umfragen belegen, dass die Wähler_innen der AfD eben nicht primär der Wunsch nach „sozialer Gerechtigkeit" umtreibt. Vielmehr geht es ihnen darum, die „imperiale Lebensweise" gegen ihre zunehmenden Kosten zu verteidigen.

Zu dieser Besitzstandswahrung gehört nicht nur die Migrationsabwehr. Auch die Leugnung des Klimawandels und überhaupt wissenschaftsfeindliche Ressentiments werden vom neuen Faschismus besetzt. Zu Ökologie und Klimawandel finden sich zwei Positionen, die meist zusammen auftreten: Das Abstreiten des Klimawandels geht einher mit einer romantischen Verklärung der unveränderlichen Natur als Lebensraum des „Volkes". Zurzeit steht eine irrationale Politik der Leugnung im Vordergrund. Ihre Polemik gegen die grüne „Klimahysterie" und „Industriefeindlichkeit" macht sie in der Tat interessant für konservative Teile der alten Arbeiter_innenschaft in klimaschädlichen Wirtschaftssektoren. Das gilt auch für die zunehmende Zahl an Geringverdiener_innen und Gewerkschaftsmitgliedern, die rechts wählen. Diese Wähler_innenschaft ist auch kaum dadurch zu irritieren, dass Parteien wie die AfD und FPÖ ihnen materiell nichts anzubieten haben und Statussicherung und ermächtigende reaktionäre Ideologien an die Stelle materieller und sozialer Sicherungssysteme setzten. Die ehemalige FPÖ-Regierung hat beispielsweise mit der Einführung des Zwölfstunden-Arbeitstages bewiesen, dass sie – ebenso wie ihre faschistischen Schwesterparteien – den kapitalistischen Kampf ums Dasein nicht antasten wird, sondern eher noch verschärft.

1.4. DIE AUTORITÄRE FORMIERUNG DES STAATES

Der Aufstieg des aktuellen Faschismus ist nicht allein eine Art ideologische Übernahme und zugleich Verschärfung der aktuellen Krisendynamiken. Der autoritäre Umbau von Staatlichkeit, die Versuche von CDU/CSU, die AfD in Fragen der „inneren Sicherheit“ rechts zu überholen, sowie rechte Netzwerke in allen Teilen des Staatsapparates, besonders im Sicherheitsapparat, zeigen, dass sich Zerfall und Rechtsruck auch im Inneren des Staates selbst vollziehen.

Wir erleben spätestens seit den Krisendynamiken 2008ff. einen zunehmend technokratisch-autoritären Neoliberalismus, auch wenn rücksichtslose und gewaltsame Interessendurchsetzung, Repression und auch offene Gewalt immer die andere Seite des (Neo-)Liberalismus waren. Vorbei an Parlamenten oder einer öffentlichen Willensbildung wurde eine als „Sachzwang“ deklarierte Sparpolitik autoritär durchgesetzt. Politische Institutionen haben sich durch die Einrichtung von Exekutivorganen wie EU-Kommission und „Troika“ die eigenen Spielräume selbst geschlossen und sich so eine politische Regulierung verbaut. Staaten sollen wie schwäbische Küchen, Staatsapparate wie Unternehmen geführt werden. Regiert wurde in der Folge in einem autoritären Modus in Form von Dekreten auf Basis intransparenter und beschleunigter Entscheidungsprozesse.

Aber nicht erst in der Bearbeitung der Finanz- und EU-Krise zeigte sich die autoritäre Seite des Staates. Im Neoliberalismus rot-grüner sowie schwarz-roter Spielart standen autoritär-staatliche Lösungen für soziale Probleme seit jeher hoch im Kurs. Politische Bemühungen zur Herstellung sozialer Sicherheit wurden von der rot-grünen Regierung ab 1998 und spätestens seit den Hartz-Reformen auf das Feld der inneren Sicherheit verschoben. Neoliberalismus ist nämlich nicht einfach der Rückzug von Staatlichkeit, sondern der Staat zieht sich nur aus bestimmten Feldern zurück (Regulierungen des Arbeitsmarktes, des Sozialstaates und der gemeinwohlorientierten Infrastruktur), während die repressiven und kontrollierenden Strukturen (Arbeitsagenturen, Polizei, Militär, Überwachung, Gesetze zur Inneren Sicherheit und gegen Terrorismus) aufgerüstet werden. Unter verschärften Konkurrenzbedingungen und durch einen abgebauten Sozialstaat werden permanent Ausschlüsse (über Nationalität, Illegalisierung, Arbeits- und Obdachlosigkeit) produziert, um die sich anschließend die Polizei oder jede_r Einzelne selbst kümmern soll. Soziale Probleme werden so – wie eigentlich immer unter kapitalistischen Vorzeichen – nur verschoben, verschärft und unterdrückt sowie vereinzelt und privatisiert, und nicht gesamtgesellschaftlich gelöst. Im Diskurs um die Innere Sicherheit wird die Trennlinie besonders scharf gezogen: zwischen zu schützenden Leistungsträger_innen, Steuerzahlenden und Anspruchsberechtigten einerseits und der Überwachung und Repression derjenigen andererseits, die für die Verwertung nicht gebraucht werden oder gar Kosten verursachen.

Wenn man Innenminister_innen zuhört, wird „Sicherheit“ oft als „Supergrundrecht“ dargestellt, um Rechte wie Versammlungsfreiheit und den Schutz der Vertraulichkeit von Kommunikation weiter auszuhöhlen. Hier zeigt sich auch, um wessen Sicherheitsgefühl es geht: Während Bundestrojaner, Funkzellenüberwachung und Polizeiaufgabengesetze eingeführt werden, um vor allem diese Institutionen selbst zu stärken und vor Kontrolle zu schützen, sind Migrant_innen, PoC etc. dem Racial Profiling der deutschen Polizei schutzlos ausgesetzt. Selbst minimale demokratische Instanzen zum Schutz oder zur Überprüfung von Polizeigewalt werden von der Polizei und ihrer „Gewerkschaft“, ob in den USA oder in Deutschland, vehement abgelehnt. Wenn Zugeständnisse gemacht werden, dann so, dass die Apparate sich selbst kontrollieren sollen.

Die ideologische Grundausrichtung von Polizei und Militär ist ein Grund für ihre Anziehungskraft auf autoritäre Charaktere. Menschenrechtsorganisationen weisen seit Jahren darauf hin, dass Korpsgeist und fehlende übergeordnete und vor allem externe Kontrollstrukturen die Aufklärung und Ermittlung gegen Polizeibeamt_innen verhindern.

Seit der Selbstenttarnung des NSU zeigen uns Andreas Temme und Franco A., die „Böhnhardts" des sächsischen SEK, Hannibal, der Neukölln-Komplex, NSU 2.0, Nordkreuz und Gruppe S., KSK sowie zahlreiche Chat-Gruppen, dass Polizei, Bundeswehr und die jeweiligen „Eliteeinheiten" nicht etwa nur ein Rassismusproblem haben (das zu leugnen bei dem hohen Prozentsatz an AfD-Sympathisant_innen in diesen Kreisen geradezu absurd ist), sondern dass sich im Staatsapparat schlicht Nazi-Netzwerke entwickelt haben. Diese Netzwerke arbeiten verdeckt nicht nur gegen die üblichen Feinde, sondern mittlerweile auch gegen ihre eigene Regierung und planen verschiedene Szenarien des Umsturzes, einschließlich Massenliquidierung politischer Gegner_innen; die Listen und die Logistik dafür haben sie bereits angelegt. Während die Recherche von Medien und antifaschistischen Netzwerken solche Fälle aufdecken, haben Polizei, Verfassungsschutz und Militär eher ein Interesse am Vertuschen und Leugnen, Schreddern und Relativieren, während die Politik nicht weiß, wie sie die Verselbständigung im eigenen Apparat wieder einfangen soll.

Dass die AfD gesellschaftliche Probleme stets durch eine Politik der inneren Sicherheit „lösen" will, passt gut zum Staatsverständnis des völkischen Denkens und dem autoritären Strafbedürfnis sowohl ihrer Wähler_innen als auch der staatlichen Sicherheits- und Repressionsorgane – dieses Denken sucht für gesellschaftliche Probleme stets persönlich Schuldige und Feind_innen. Da diese autoritäre Politik bereits im neoliberalen Normalbetrieb angelegt ist, ist die Law-and-Order-Politik Brücke zu bürgerlichen Kräften – allen voran den Unionsparteien. Im Konkurrenzverhältnis zu neuen rechten Parteien wie der AfD liefern sich etablierte Kräfte einen Wettstreit um Verschärfungen im Feld der Sicherheitspolitik, die eine autoritäre Formierung von Staatlichkeit vorantreibt. Die juristische und technologische Aufrüstung der Polizeien und das Buhlen um ihre Loyalität ist ebenso Folge dieser Entwicklung wie die ständigen Verschärfungen im Bereich des Asylrechts.

Im Konkurrenzverhältnis zu den bürgerlichen Parteien schiebt die AfD diese Entwicklungen voran, ohne bereits selbst an der Macht zu sein. Sobald sie an einer Regierung beteiligt ist, müsste sie die repressiven Teile des Staatsapparats nicht einmal grundlegend umstrukturieren, um ihr völkisches Projekt umzusetzen, weil der autoritäre Umbau des Staates längst im Gange ist. Ist sie an der Macht, wird sie mit diesen Strukturen gegen alle vorgehen, die sie schon jetzt zu den Feind_innen von Volk und Nation erklärt hat.



2. IDEOLOGISCHE ECKPFEILER DES NEUEN FASCHISMUS

2.1. ANTIFEMINISMUS

Rechte wollten sich noch nie von Geschlechterungleichheit und Heteronormativität trennen. Doch die Offensive gegen feministische und queere Errungenschaften ist in den letzten Jahren neben dem antimuslimischen Rassismus die zentrale Säule des rechten Projekts geworden. Neben der Markierung des politischen Feindes, gilt es von rechter Seite die Ausrichtung der Gesellschaft auf eine „natürliche" Männlichkeit sowie die Durchsetzung von Heterosexualität als Norm zu verteidigen.

Dabei gibt es unterschiedliche Auswüchse: Völkische Strömungen etwa ersinnen einen Verschwörungsepos über die Alt-68er-Eliten in Staat und Parteien, die über geheime Absprache mit der „Feminismus-Lobby" das deutsche Volk von innen heraus schwächen würden. Die ‘natürlichen‘ Grundfesten der Gesellschaft, wie die deutsche Familie, würden zerbröseln, weil nur noch Selbstverwirklichung und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen[1] gelte. Völkische Geschlechter- und Sexualpolitik zielt darauf, den entglittenen männlichen und staatlichen Zugriff auf die weibliche Reproduktionsfähigkeit wiederzugewinnen. Sie ist für die Faschist_innen eine Existenzfrage, denn

[1] Im Bewusstsein, dass durch Sprache Herrschaftsbeziehungen nicht nur einerseits sichtbar und andererseits verschleiert, sondern auch reproduziert werden, versuchen wir Wege zu finden, diese Verhältnisse in Sprache möglichst gering zu halten.
Dennoch stellen wir fest, dass es für uns keine praktikable Form gibt, die ausschließen kann, dass sich Personen nicht mitgedacht oder verletzt fühlen. In einer Gesellschaft voller Ungleichheit, Gewalt und Herrschaft kann Sprache nicht neutral sein. Es gibt sicher berechtigte Kritik an all den Formulierungen, die bei uns diskutiert wurden. Wir begreifen die Aushandlung gendergerechter Sprache als einen Prozess. Letztendlich haben wir uns entschieden, den Unterstrich als Gendergap zu verwenden und Worte wie „Männer" oder „Frauen" ohne Sternchen zu verwenden, da aus dem jeweiligen Kontext hervorgeht, dass wir binäre Geschlechter für ein ideologisches Konstrukt halten. Wir verwenden auch bei Faschist_innen den Gendergap, auch wenn diese selbst meist eine hierarchische und binäre Geschlechterordnung anstreben.

ohne einen Kurswechsel wird sich weder der von ihnen fantasierte „große Austausch“ aufhalten noch werden sich die eigenen Ziele einer nationalen Bevölkerungspolitik erfüllen lassen. „Neue Deutsche? Machen wir selber“, hieß es folgerichtig auch auf einem AfD-Wahlplakat. Das besonders durchgeknallte Phänomen der „Männer-Rechtler“ kriecht aus den Internetforen hervor und dringt aus der Pick-up-Artist-Szene bis in die breite Parteienlandschaft. Auch sie glauben an die 68er-Feminismus-Verschwörung und treten offen frauenfeindlich auf, um einer angeblichen Benachteiligung von Männern in der Gesellschaft zu begegnen. Besonders Gender Studies und Widerstand gegen sexualisierte Gewalt sind ihnen ein Dorn im Auge, weil sie die Boys mit Ich-Schwäche an ihrer Opferposition zweifeln lassen.

Ein weiterer frauenfeindlicher Kosmos ist das Online-Netzwerk der Incels. Es besteht aus heterosexuellen Männern, die sich selbst als „involuntary celibates“ bezeichnen, d.h. als ungewollt enthaltsam Lebende. Dieser vielfach in Foren interagierende Zusammenschluss bündelt Frustrationen und gekränkte männliche Ansprüche auf (sexuelle) Beziehungen mit Frauen. Oberflächliche Frauen seien schuld an der eigenen Misere, da sie sich nur mit attraktiven Männern einlassen würden. Eingebettet ist dies in eine Verschiebung im Geschlechterverhältnis, was Frauen zum einem mehr Handlungsfreiheit ermöglicht, zum anderen aber auch zur Folge hat, dass an Männer andere Anforderungen gestellt werden. Inhaltlich basiert das Phänomen auf einer selbstzusammengebastelten Pseudotheorie, die aber auf eine lange Geschichte männlichen Anspruchsdenkens zurückgreift. Vielfach wird die vermeintlich zersetzende Rolle des Feminismus, wodurch Frauen mittlerweile in alle Bereiche der Gesellschaft vorgedrungen seien, thematisiert. Der Incelkosmos bietet ein Identitätsangebot in der Männlichkeitskrise, in dem Männer sich als Opfer stilisieren können. Er funktioniert als Ventil, um Gefühle der eigenen Austauschbarkeit und Zurückweisung zu verarbeiten. Verunsicherung und Wut über diese Veränderungen manifestieren sich in einem Bild, in dem Frauen in ihrer Gesamtheit als unmittelbare Auslöser allen Leids angesehen werden, die es zu bestrafen gilt. Der Hass auf Frauen ist dabei

nicht auf die digitale Sphäre beschränkt, hat sich jedoch dort seine eigene Nische geschaffen, wo Männer sich in ihrem Weltbild bestärken. Außerhalb manifestierte er sich bereits in handfester Gewalt gegen Frauen, trans und nicht-binäre Personen, oft mit Todesfolge.

Keineswegs zurückhaltender in ihrem Hass gegen den Feminismus ist die selbsternannte Lebensschutzbewegung. Die Fundis setzen vor allem auf Fragen der christlichen Familie, der Mütterlichkeit, der Erziehung sowie der reproduktiven Rechte von Frauen und wenden sich gegen „Gender-Wahn“, „Homo-Lobby“ und Gender Studies.

Die AfD schafft es, ihrerseits die antifeministischen Strömungen in sich zu vereinen. Enge Verbindungen zu den „Lebensschützern“ gibt es nicht nur durch von Storchs „zivile Koalition“ (hier findet die AfD auch jenes konservative Milieu, das sie für sich gewinnen will). Sondern es sollen auch andere Antifeminst_innen angesprochen werden, etwa indem sie sich als „erste Partei“ darstellt, die „Politik für Männer und Väter“ mache.

Doch welche Ausdrucksform und welche Bündnispartner_innen auch immer: Es kommt nicht von ungefähr, dass die Rechten diese politische Front eröffnen in einer Zeit, in der ein diffuser Feminismus zwischen #MeToo, Beyoncé und „feminist“ H&M-Shirts öffentlicher und akzeptierter ist denn je. Das Feindbild Feministin begegnet einem in mannigfaltigen Bildern. Ein Blick in Kommentarspalten oder auf Schilder bei den „Demos für alle“ gegen sexuelle Vielfalt reichen aus: von der „roten Fotze“ über „Feminazis“ bis hin zu Vergewaltigungsfantasien ist alles dabei. Dass die Junge Alternative von einer „Vertuntung der Männerwelt“ schwafelt und Björn Höcke die Deutschen (Männer) wieder „wehrhaft“ machen will, zeigt nicht nur das eindeutig misogyne Frauenbild der AfD. Es zeigt auch umgekehrt die hypermaskuline Traumfigur der deutschen Faschist_innen, die es verzweifelt zu verteidigen gilt. Wenn sich rechte Hooligans in Chemnitz zusammenrotten oder rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden sich auf einen Tag X vorbereiten, dann vereint sie das Streben, ihre männliche Souveränität

im empfundenen Ausnahmezustand wiederzugewinnen. Der Faschist kann hier mit seinen Kameraden die aus den Fugen geratene Ordnung wiederherstellen, indem er das „schwache Geschlecht“ vor den unzivilisierten ausländischen Horden schützt und darin seine Männlichkeit beweist. Denn Männer, nicht Frauen, sind die Hauptadressaten der Identitärenkampagne „120db“, der rassistischen Kampagne „Kandel ist überall“ und der sogenannten Frauenmärsche der AfDlerin Leyla Bilge. Die neuen rechten Bewegungen versprechen konservativen Männer, die Anerkennung als souveräner und wehrhafter, aber auch versorgender Mann zurückzuerlangen, die ihnen in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr abhandengekommen ist.

Rechte Frauen sind jedoch keine bloße Begleiterscheinung. Auch wenn sich Blogs wie „radikal feminin“ nicht etablieren konnten, wird der neue Faschismus nicht müde, passende Angebote für Frauen zu suchen. Auch für die faschistische Frau ist der Feminismus Bedrohung, da er die quasi-natürliche Weiblichkeit angreift. Das Frauenbild propagiert eine Rolle rückwärts: Die Frau als Mutter, die mit ihrer Fürsorge den Fortbestand des Volkes sichert und dem kämpfenden Mann den Rücken freihält.

Antifeminismus ist für das rechte Hegemonieprojekt aber nicht nur eine Leitideologie, weil sie abgewerteten Männern und anderen Wertkonservativen ein reaktionäres Gesellschaftsbild bietet. Auch strategisch bietet er eine Chance, weil er gesellschaftliche Bündnisse ermöglicht, teilweise über die Brückenideologie des Rassismus. Die AfD kann z.B. mit Beatrix von Storch aus dem Bewegungspotenzial schöpfen, das bei der „Demo für alle“ und den Tausend-Kreuze-Märschen mitläuft oder täglich in Internetforen trollt. Und all diejenigen Antifeminist_innen, die noch Berührungsängste haben, setzen zumindest die Unionsparteien unter Druck und schieben sie ein Stück weiter in Koalitionsnähe zur Partei des neuen Faschismus.

Zwar verdienen Frauen auch heute noch in Deutschland im Schnitt 16 Prozent weniger als Männer, leisten weitaus mehr Sorgearbeit, etwa für Kinder und Angehörige, und ein Viertel der hier lebenden Frauen hat häusliche Gewalt erlebt. Schwule und Lesben erleben weiterhin Homophobie und rechtliche Benachteiligung, etwa im Adoptionsrecht. Trans Personen unterliegen nicht nur einem höheren Armutsrisiko, sondern sind auch mannigfaltiger Alltagsgewalt und -diskriminierungen ausgesetzt. Kurz, auch die heutige Gesellschaft ist eine heteronormativ-patriarchale. Und doch: Durch Arbeitswelt, Partnerschaften, Medien und Öffentlichkeit zieht sich ein fortschreitender Macht- und Privilegienverlust von heterosexueller Männlichkeit. Die feministischen Kämpfe der letzten Jahrzehnte haben dazu beigetragen, dass Arrangements in der geschlechtlichen Arbeitsteilung unter Druck geraten sind und männliche Domänen aufgebrochen wurden. Die Rolle des beschützenden, heterosexuellen Familienernährers steht aber nicht nur kulturell in Frage, sie kann auch objektiv nicht weiter ausgefüllt werden in einer Zeit, in der es häufig zwei Einkommen braucht, um einen Haushalt zu finanzieren.

Lesben und Schwule dürfen mittlerweile heiraten, Gender-Mainstreaming erkennt die strukturelle Benachteiligung von Frauen an, und kürzlich wurde der Eintrag für ein drittes Geschlecht in der Geburtsurkunde rechtlich möglich. Auch diese langsame, oft nur symbolische Angleichung von marginalisierten Lebens- und Liebesweisen an die cis-männliche und heterosexuelle Identität ist für letztere ein Machtverlust.

Diese langsamen Veränderungen einer patriarchalen Gesellschaft treffen auf den tiefsitzenden Glauben daran, als weißer Mann zurecht privilegiert zu sein. Die Erschütterung althergebrachter heteronormativer und sexistischer Hierarchien schürt die autoritäre Wut derjenigen, die die männliche Dominanz untergraben sehen. Das gekränkte, zu kurz gekommene männliche Ego wird mit dem Versprechen, durch die antifeministische Ideologie eine „natürliche“ Geschlechter- und Sexualordnung wiederherzustellen, rückversichert. Das Verteidigen der vermeintlichen Norm geschieht durch die üblichen Mittel: Naturalisierung und Gewalt. Die einzelnen Strömungen machen alle ein

Angebot über die Identifizierung mit einer Opferposition und bieten eine mal mehr, mal weniger wahnhafte Feindprojektion.

Zugleich ist aber auch klar: Feminismus ist nicht ohne Grund eines der zentralen Feindbilder der Faschist_innen. Er bedroht ihre Lebensweise und stellt die Vorstellung einer hierarchisch organisierten Gesellschaft in Frage. Feministische Bewegungen sind eine Kampfansage an den neuen Faschismus und seine gesellschaftlichen Grundlagen. In dieser Weise sind Feminist_innen, LGBTIQ+ Bewegungen, alle, die gegen sexualisierte Gewalt auf die Straße gehen und jene, die sich gegen alltäglichen Sexismus auflehnen, in ihrer Praxis Antifaschist_innen.

2.2. ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

Es ist offensichtlich, dass dem neuen Faschismus der Rassismus innewohnt. Sein Versprechen, die eigene Misere durch ein zu viel an „Fremden" verständlich zu machen, ist zu verlockend. Die kulturelle Identitätskrise wird durch die Vergewisserung, immer noch „eine_r von uns" zu sein, therapiert. Zwar hat es nie eine „deutsche Leitkultur" gegeben, doch nun wird es auch immer schwieriger, das verrückte Konstrukt einer kulturell homogenen Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Die postmigrantische Realität kann gar nicht mit den rechten Vorstellungen von Volk und Heimat in Einklang gebracht werden, weshalb sich deren Anhänger_innen umso stärker in ihren rassistischen Wahn hineinsteigern. Man ist zwar nur eine kleine Bockwurst, aber immerhin eine deutsche. Dabei hat die deutsche völkisch-nationalistische Projektion heutzutage einen zentralen Inhalt: den „Muslim". Die Gleichen, die noch in den 1980ern als „Ausländer", in den 1990ern als „Araber" oder „Türken" bezeichnet wurden, werden seit Anfang des Jahrtausends vor allem als „Muslime" gesehen – wobei es für die Rechten keine Rolle spielt, ob jemand säkular ist oder nicht, denn es geht ihnen nicht um Religion. Rassist_innen wollen vor allem Macht über diejenigen ausüben, die sie als die „Anderen" identifizieren, und die verschiedenen Namen stehen für diese Unterdrückungsfantasien und verdecken sie zugleich.

Es kommt also bei der rassistischen Projektion nicht auf eine vermeintliche „Identität" der Betroffenen an, sondern auf ihre „Identifizierung" durch Rassist_innen als minderwertig, bedrohlich und essentiell anders. Dennoch ist es kein Zufall, dass gerade das Feindbild des „Muslims" die europäische Rechte in ihrer Verteidigung des christlichen Abendlandes vereint. Spätestens seit den islamistischen Anschlägen vom 11. September 2001 ist die arabische Welt zur Projektionsfläche in einem „Kulturkampf" geworden. Geflüchtete aus arabischen Ländern, die ab 2015 nach Europa kamen (u.a. infolge der Kriege in diesen Ländern nach 9/11), sind in der ebenso wahnhaften wie inkonsistenten Sicht der Rechten nicht Menschen, die schlicht überleben wollen, sondern zum einen andrängende „Invasoren", die zum anderen von den „neoliberalen Eliten" und „Rot-Grün" für die „Umvolkung" oder einen „großen Austausch" eingesetzt werden.

Gleichwohl besteht hier für den Antifaschismus eine Herausforderung. Das wird schon am Begriff des antimuslimischen Rassismus deutlich, denn notwendige Kritik an religiösen Praktiken und Überzeugungen steht hier in einem Spannungsverhältnis zur rassistischen Projektion. Selbstverständlich gibt es auch unter europäischen Muslim_innen Rassist_innen, Faschist_innen, Sexist_innen und Antisemit_innen. Und natürlich werden solche Haltungen und mit ihnen einhergehende Handlungen mitunter mit „dem Islam" gerechtfertigt. Religionskritik muss selbstverständlicher Teil der antifaschistischen Toolbox sein, genau wie rassistische, reaktionäre und autoritäre Ideologien und Bewegungen unabhängig von Pass, Herkunft und Religionszugehörigkeit zu bekämpfen sind. Doch der Islamismus muss als politische Bewegung kritisiert werden und darf nicht als kulturelle Eigenschaft „der Muslime" essentialisiert werden. Diese Kritik bedeutet auch, dass Muslim_innen, ob säkular oder fundamentalistisch, als politische Subjekte ernstgenommen werden, und nicht Folie einer rassistischen Projektion sind.

Die eigentlichen Ursachen sind derweil Krisenerscheinungen kultureller und ökonomischer Art. Anstatt diese aber als solche zu begrei-

fen und politisch zu behandeln, werden sie von der Rechten rassifiziert, wobei „der Muslim" der äußere und zugleich innere Feind ist. Er bedroht das „Europa der Vaterländer" als Migrant von außen, aber er verkörpert auch die innere Bedrohung von Identität und Souveränität – der Kultur, des Volkes, der Nation. Hinzu kommt die zunehmende Sichtbarkeit von „nicht-weißen" Menschen in einer postmigrantischen Gesellschaft – auch in den Medien oder in der Politik. Der Erfolg einiger öffentlicher Personen mit vermeintlich „muslimischem Background" lässt Rechte fürchten, dass es mit dem Nach-Unten-Treten bald vorbei sein könnte und das etablierte, rassistische Dominanzverhältnis bröckelt. Laut einer Studie der Universität Leipzig fühlte sich 2018 mehr als die Hälfte der Deutschen „durch die vielen Muslime [...] wie ein Fremder im eigenen Land". Der Sehnsucht nach dem Eins-Werden mit der Nation stünden sie im Wege, durch ihre aggressive Gebärstrategie würden sie immer zahlreicher, und durch ihren Sexismus und Antisemitismus veränderten sie die angeblich aufgeklärte Kulturnation Deutschland. In diesen Debatten werden dann diejenigen zu Feminist_innen, die ansonsten keine Worte etwa darüber verlieren, dass in Deutschland jeden dritten Tag eine Frau von ihrem männlichen (Ex-)Partner umgebracht wird. Deutsche Männer seien vielleicht eifersüchtig, geistig verwirrt oder trinken mal einen über den Durst – aber bei den Muslimen sei der Frauenhass eine kulturelle Eigenart. Ebenso machen sich ausgerechnet diejenigen Sorgen um den „importierten" Antisemitismus, die in den eigenen Reihen das Berliner Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande" bezeichnen (Björn Höcke) oder von einer „freimaurerisch-zionistischen Weltverschwörung" (Wolfgang Gedeon) faseln. Die „Zurückdrängung unserer Kultur" befürchtet nicht nur Beatrix von Storch von der AfD, sondern die Ablehnung reicht weit ins bürgerliche Lager: Auch Jens Spahn hat Angst, dass „arabische Muskelmachos" sich nicht an die deutsche Duschetikette anpassen wollen. Die von rechts imaginierte, schleichende Islamisierung deutscher Landstriche bricht sich schlussendlich in der Verschwörungstheorie von der „Umvolkung der Deutschen" Bahn.

Doch „die Muslime" sind nicht nur „Kopftuchmädchen" (Weidel), „alimentierte Messermänner" (dies.) oder Selbstmordattentäter_innen. Sie sind, wie erwähnt, auch freche Emporkömmlinge, die auf einmal im Fernsehen oder im Landtag erscheinen. Dabei stoßen sie zwar auf die institutionellen Barrieren eines leider kaum säkular zu nennenden Staates, doch über Institutionen wie die Deutsche Islam Konferenz haben sie sich schon einen Platz am (Katzen-)Tisch des Heimatministers erstritten, und erdreisten sich nun zu proklamieren, dass „der Islam ein Teil dieses Landes" sein sollte. Das bedroht vermeintlich nicht nur die, die unten sind und gerne oben wären, aber von Migrant_innen und deren Nachfahr_innen abgehängt werden könnten, sondern auch die, die schon oben sind und um ihre Posten und Pöstchen fürchten. Nicht zufällig sind es auch die konservativen Eliten, die in der FAZ und anderswo munter gegen „die Muslime" hetzen. Die ökonomische Dimension des antimuslimischen Rassismus ist dabei komplementär zum Antisemitismus: „Der Jude" steht im (neuen) Faschismus für „die da oben" und die Ausbeuter_innen sowie für die „Strippenzieher_innen" dahinter – was beinharte Antisemit_innen aber nicht davon abhält, „ihr" jüdisch-christliches Abendland für Feldzüge gegen den Islam einzuspannen. „Der Muslim" verkörpert dagegen die Konkurrenz im Ringen gegen den gesellschaftlichen Abstieg. Als ökonomische Figur ist er der von außen kommende Habenichts, der im Schlauchboot die Festung Europa stürmen will und sich im Land nicht an die Regeln des Untenbleibens und seine ihm zugewiesene Rolle halten mag – und dann die eigene Position bedroht. Der antimuslimische Rassismus zeigt sich entsprechend facettenreich: mal versteckt in der Berichterstattung über Clankriminalität und angebliche No-Go-Areas, mal in verbalen und physischen Angriffen, die bis hin zu tödlicher Gewalt reicht, wie beim Terroranschlag in der Hanauer Innenstadt. Eine Konstante ist dabei, dass „der Muslim" der Andere bleibt, in Deutschland, aber auch in ganz Europa. So bildet er als Feindbild die Grundlage für einen letztlich inkonsistenten Euronationalismus der vereinten Rechten.

Antirassistische Politik ist deshalb für konsequenten Antifaschismus essenziell. Einerseits kann nur ein Vorgehen gegen rassistische

Projektionen und Wahngebilde im Allgemeinen, und das „der Muslime“ im Besonderen, der falschen Analyse von Innen gegen Außen die Grundlage entziehen. Andererseits muss Antifa nicht nur gegen den Bockwurst-Faschismus, sondern auch gegen Graue Wölfe und IS, gegen die Akif Pirinçcis und Leyla Bilges vorgehen. Die Analyse des gegenwärtigen Rassismus und seiner Akteur_innen, der Einbezug migrantischen Wissens und die Zusammenarbeit mit jenen, die von Rassismus betroffen sind, ist hierfür unersetzlich. In Zeiten rechten Terrors brauchen wir mehr denn je eine Migrantifa, um uns dem neuen Faschismus entgegenzustellen.



TEIL II
WAS MACHEN?!

1. EIN BEITRAG VON „KEIN RAUM DER AFD“

Die antifaschistische Kampagne „Kein Raum der AfD“ fokussiert sich auf die Infrastruktur der AfD als notwendige Bedingung für Parteiarbeit. Bis heute konnte die Kampagne erreichen, dass rund 50 geplante Veranstaltungen nicht stattfanden.

Auch vorher gab es zwar schon Aktionen gegen die AfD und deren Infrastruktur. Neu war jedoch das konzentrierte Vorgehen als Kampagne, die der AfD Räume streitig macht. Hierbei geht es nicht allein um öffentliche Räume, sondern um alle Räumlichkeiten, die von der Partei für ihre politische Arbeit genutzt werden. Zu Beginn stand hier die Analyse, dass eine Partei immer Formate der Beteiligung, soziale Trefforte, Diskussionsräume und Real-Life-Selbstvergewisserung braucht. Das gilt insbesondere für junge Parteien, die erst noch eine Basis aufbauen müssen und vor allem in Wahlkampfzeiten auf die Einbindung von Ehrenamtlichen angewiesen sind. Zudem hat die AfD einen Resonanzraum, der getrost als soziale Bewegung von rechts bezeichnet werden kann. Ohne konkrete Orte, die niedrigschwellig zu erreichen sind, sieht es schlecht aus, die soziale Basis dafür aufrechtzuerhalten.

Mit der Zielsetzung „Kein Raum“ und der Anwendung verschiedenster Mittel aus der “antifaschistischen Trickkiste” konnten positive Effekte erreicht werden: Die Absage von Parteitagen und Treffen erschweren die politische Arbeit, und bestehende (Führungs-)Konflikte innerhalb der AfD werden dadurch verschärft. Auch die Einbindung von Sympathisant_innen und Neumitgliedern wird erschwert, wenn Kennenlerntreffen ausfallen oder Veranstaltungen von Antifaschist_innen und einem Polizeiaufgebot begleitet werden.

Die Kampagne folgt einer eingespielten Choreografie: Nach der Recherche von Treffen und Veranstaltungen erfolgt die direkte Ansprache der Betreiber_innen und Vermieter_innen. Diese bekommen gegebenenfalls auch Unterstützung bei der Kündigung, andernfalls wird die Vermietung öffentlich gemacht. Neben Pressemitteilungen und der Verbreitung in sozialen Medien hat sich die direkte Bekanntmachung in der Nachbarschaft und unter den Gästen besonders bewährt. Wütender Protest vor dem Lokal ist oft die Folge, Polizeipräsenz und -gitter schrecken neben den AfDler_innen auch potentielle Kund_innen ab. Auch direkte Aktionen können folgen und tragen letztendlich zum Rauswurf oder zumindest dem Absehen von erneuten Vermietungen an die AfD bei. Die Betreiber_innen sind meist froh, wenn sie wieder Ruhe haben.

Räume können nicht wegrennen

Den Wirt_innen wird so zunächst die Möglichkeit geboten, sich zu positionieren. Wollen sie die Völkischen von der AfD – vielleicht auch nur aus finanziellen Interessen – weiterhin unterstützen, dafür aber das Risiko von Protest, Imageverlust, Sachbeschädigung und ausbleibender Kundschaft auf sich nehmen? Der Vorteil der Zielsetzung auf rechte Räumlichkeiten liegt auf der Hand: Räume sind statisch, gehören immer jemandem bzw. werden von jemandem vermietet oder verpachtet. Für die richtige Wahl der Mittel ist eine Einschätzung der Betreiber_innen nötig. Zumindest in Berlin vermieten nur wenige Betreiber_innen aus Überzeugung an die Partei. Öffentlicher Druck hat auf sie keine Wirkung mehr. Hier wirken nur ökonomische Verluste bis hin zum Entzug der Räumlichkeiten: Dem Ratskeller Charlottenburg wurde nach mehreren Jahren Beherbergung der AfD letztlich durch das Bezirksamt die Pacht gekündigt.

Viele Wirt_innen stimmen zwar nicht mit der Politik der AfD überein, es fehlt ihnen aber am nötigen Selbstbewusstsein für einen Rausschmiss. Die Lage ist jedoch simpel: Es gibt keinerlei gesetzliche Pflicht zur Bewirtung, und auch Schadensersatzklagen hat es noch nie gegeben. Hier hilft das gute Zureden. Von Beratungsstellen gegen Rechts gibt es Handreichungen für Wirt_innen, die ursprünglich einmal gegen Neonazi-Parteien wie die NPD entwickelt worden waren. Öffentlich aufbereitete Rausschmisse bestärken wiederum andere Wirt_innen, von sich aus Ansagen gegen die ungewollten Gäste zu machen. Mehrere Berliner Restaurants und Theater haben in den vergangenen zwei Jahren von sich aus ein „AfD-Hausverbot“ erteilt – hier wäre jedoch bei dem nachfolgenden rechten Shitstorm mehr Unterstützung durch Antifaschist_innen notwendig gewesen. In einem WELT-Artikel beschwerte sich ein AfD-Funktionär darüber, vor Ort vom Personal erkannt und rausgeschmissen worden zu sein. Dies kann z.B. durch die Verteilung von Recherche-Flyern unterstützt werden. Seitdem die AfD nach den Wahlen im September 2017 in den Bundestag eingezogen ist und somit Gelder zum Unterhalten von sogenannten „Bürgerbüros“ bekommt, lässt sich der Versuch beobachten, regelmäßig kleine Veranstaltungen in eigenen Räumlichkeiten durchzuführen. Dagegen vorzugehen ist schwieriger, und es braucht dafür lokal zugeschnittene Strategien. Vermieter_innen ausfindig zu machen und sie zum Handeln zu bewegen, ist hierbei oft ein langwieriger Prozess. Mit „arglistiger Täuschung“ (wie bei Thor Steinar–Läden) lässt sich bei der AfD nicht argumentieren.

Breiter Aktionsradius

Da inzwischen kaum noch größere private Veranstaltungsräume zur Verfügung stehen, nutzt die AfD auch Bezirksräume. Um diese Nutzung zu verhindern, kommt es auf Details an. Der Berliner Landesparteitag musste beispielsweise im September 2019 ausfallen, weil das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg kurzfristig die Räume entzog. Eine Pressemitteilung reichte aus, den Rest übernahmen Journalist_innen, Bezirksverwaltung und das Verwaltungsgericht. In den meisten Berliner Bezirken gibt es eine Regelung, die eine Nutzung von Bezirksräumen nur Bezirksverbänden der Parteien erlaubt, nicht aber den Landesverbänden. Zumindest Landesparteitage in bezirklichen Räumen werden damit erschwert.

Politisch wichtige Interventionsziele sind für uns die Scharnier- und Netzwerkveranstaltungen der extremen Rechten. So wurde von “Kein Raum der AfD” eine private Veranstaltung der Desiderius-Erasmus-Stiftung im Nobelrestaurant “Habel am Reichstag“ öffentlich gemacht, zu der die Stiftung Hans-Georg Maaßen eingeladen hatte. Durch die Veröffentlichung wurde Maaßen verschreckt und sagte ab, DES-Chefin Erika Steinbach gab frustrierte Fernseh-Interviews. Die Polizei belagerte das Restaurant, auch ohne dass eine antifaschistische Kundgebung angemeldet war. Der Mythos „die Antifa kommt“ reicht in Berlin aus.

Das “Mimimi” ist Erfolg und Ziel zugleich

Insgesamt setzt die Kampagne der Berliner AfD merklich zu, was sich durch die zahlreichen Beschwerden ihrer Funktionär_innen belegen lässt. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit wird in Presseorganen moniert, dass es für die Partei praktisch kaum noch möglich sei, unter ihrem eigenen Namen Räumlichkeiten anzumieten und sich in Ruhe zu versammeln. Das Vorgehen gegen die politische Raumnahme durch die AfD unterliegt jedoch den lokalen Bedingungen und Akteur_innen. In einer Großstadt wie Berlin, mit ihren politischen Mehrheiten, hat die Kampagne ein relativ leichtes Spiel. Aber auch in Kleinstädten und Dörfern trifft öffentliche Kritik die Wirt_innen und Dienstleisterfirmen, und unter Umständen können Rausschmisse provoziert und Infrastruktur genommen werden. Das Motto “Kein Raum der AfD” wirbt für ein niedrigschwelliges, systematisches sowie wiederholbares Vorgehen. Der Kampagnenname steht zur freien Verfügung – ein Austausch über lokale Erfolge und Fehlschläge würde uns freuen.

keinraumderafd.blogsport.eu/

2. DAS PATRIARCHAT ZU FALL BRINGEN!

Ein Gespräch mit der Gruppe Eklat über die strategische und theoretische Bedeutung feministischer Kämpfe (nicht nur) für antifaschistische Praxis.

Am 20.03. und am 21.03.2020 sollten in Münster große Proteste gegen den christlich-fundamentalistischen 1000-Kreuze-Marsch stattfinden. Die Gruppe Eklat und die Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ hatten bundesweit zu den feministischen Protesttagen mobilisiert. Aufgrund der Krise rund um die Ausbreitung des Covid-19 Virus konnten die Proteste nicht stattfinden. Dennoch haben wir über die Gründe einer solchen Mobilisierung und die Rolle des Antifeminismus dabei mit Judith Beifuß, Pressesprecherin der Gruppe Eklat, gesprochen.

Warum habt ihr euch für eine so breite Mobilisierung entschieden? Ist das nicht unverhältnismäßig?

Das hat mehrere Gründe. Als Gruppe, die aktiv in der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ ist, achten wir besonders auf alle Erscheinungsformen autoritärer Formierung und regressiver Ideologien und versuchen diese in Zusammenhang mit den allgemeinen gesellschaftlichen Tendenzen zu setzen. Gerade antifeministische Bestrebungen gehören dazu. Wir wollten uns aber gerade nicht ausschließlich an dem Programm von Fundis und Faschos abarbeiten, sondern auf den grundsätzlich patriarchalen Charakter unserer Gesellschaft aufmerksam machen: Deshalb heißt die Kampagne auch „Das Patriarchat zu Fall bringen.“

Das bedeutet, euer Protest ist nicht nur ein Abwehrkampf?

Genau, wir halten es für gefährlich, einzig in Abwehrkämpfen gefangen zu bleiben. Wir wollten am Wochenende auch in die Offensive

kommen. Deshalb organisierten wir eine explizit feministische Vorabenddemo. Das Ganze haben wir als Kampagne aufgezogen, auch um in den Raum der organisierten radikalen Linken zu intervenieren. Feministische Themen nehmen immer noch häufig genug nur eine zweitrangige Rolle ein. Das ist nicht zuletzt aus antifaschistischer Perspektive problematisch.

Wo seht ihr denn konkrete Schnittstellen zwischen antifaschistischen und feministischen Kämpfen?

Antifeminismus, Sexismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit versammeln bekanntlich die unterschiedlichsten Akteur*innen des rechten Hegemonieprojekts. Das hat mehrere Gründe. Antifeminismus ist strategisch interessant. Er hat ein hohes Anschlusspotential für die berüchtigte ‚Mitte der Gesellschaft'. Über den Anschluss an religiöse Diskurse und die Kirche versuchen Rechte eine Selbstverharmlosung und Normalisierung ihrer faschistischen Positionen. Auch für die parlamentarische Rechte ist Antifeminismus strategisch interessant. Antifeministische Forderungen lassen sich mit relativ geringem Aufwand umsetzen und gut für Mobilisierung und Einflussnahme anwenden. So erlebt man international mit dem Aufkommen der „Neuen Rechten" die Durchsetzung antifeministischer Politik, etwa in Polen, Brasilien, Ungarn oder in den USA. Antifeministische Themen sind außerdem auch ein günstiges Einfallstor für weitere Ungleichwertigkeitsideologien. Der 1000-Kreuze-Marsch in Münster ist dafür besonders plakativ. So beziehen sich die Lebensschützer*innen häufig auf ein Denken in völkischen Kategorien: Es gehe darum, die einheimische Bevölkerung eines Landes zu erhalten. Hier mischen antimoderne Ressentiments unmittelbar mit. Es wird eine durch ‚Werte' verbundene Gemeinschaft imaginiert.

Was ist denn das Problem an dieser Idee von Gemeinschaft?

Wenn wir von einer Gemeinschaft sprechen würden, die auf Solidarität aufbaut, wäre daran nichts auszusetzen. Aber im völkischen und antimodernen Verständnis funktioniert "Gemeinschaft" nur in Abgrenzung zu einem vermeintlichen "außen" und "zersetzenden" inneren Tendenzen: Eine Vielfalt an Beziehungsformen, sowie körperliche und geschlechtliche Selbstbestimmung erscheint den Rechten als Auflösung dessen, was sie als Quelle unmittelbarer, organischer Gemeinschaft verstehen: die sogenannte traditionelle Familie.

Woher kommt dieses reaktionäre Potential antifeministischer Agitation?

Antifeminismus ist von einer autoritären Auffassung von Gesellschaft und Leben gekennzeichnet. Das drückt sich gerade im mystifizierten Verständnis von 'natürlichem' Leben der selbsternannten Lebensschützer*innen aus. Hier handelt es sich um eine Spielart der Sehnsucht nach etwas Ursprünglichem, das identitätssichernd wirken soll und nicht für Krisen anfällig sei: Nichts scheint dann beständiger als das, was sie „Natur" nennen.[2]

Das waren jetzt viele Argumente, die die Notwendigkeit für die Kampagne aufgezeigt haben. Wie aber habt ihr das in die Praxis umgesetzt?

Wir haben mit unserer Kampagne sicherlich das Rad nicht neu erfunden. Allerdings konnten wir uns an bereits erfolgreichen Strategien aus anderen Bewegungen und Kämpfen orientieren und diese mit unseren Erfahrungen aus vergangenen Aufmärschen der Antifeminist*innen

---

[2] Eine weitergehende Auseinandersetzung zu dem Verhältnis zwischen dem mystifizierten Verständnis von 'natürlichem' Leben und dem Potential antifeministischer Agitation findet ihr hier: https://eklatmuenster.blackblogs.org/aufruf/

verbinden. Dabei erwies es sich als nützlich, Monate im Voraus mit den Vorbereitungen der Kampagne zu beginnen. Das ermöglichte uns zum einen, notwendige Debatten und Überlegungen vorab zu erörtern und zum anderen überregionale Vernetzungen zu erarbeiten. Letztlich haben wir versucht ein ganzheitliches Konzept für den Tag und eine vielseitige Mobilisierung darum herum aufzustellen.

Was konkret meint ihr mit einer vielseitig aufgestellten Mobilisierung?

Damit meinen wir die berüchtigte Zielgruppenfrage. Unser Ziel war es überregional Menschen aus unserem Spektrum zu mobilisieren. Dafür war natürlich die Nutzung von Social Media eine nicht wegzudenkende Säule. Mit ansprechenden Mobi-Videos, einem Jingle und entsprechenden Sharepics konnte die Kampagne bundesweite Aufmerksamkeit erlangen. Wir glauben aber, dass eine reine Online-Mobilisierung niemals eine solche Resonanz erzielt hätte, weshalb wir auch auf altbekannte Konzepte wie Mobi-Vorträge, Material-Versand etc. gesetzt haben. Gleichzeitig war es uns wichtig, das Thema grundsätzlich auf die politische Agenda zu setzen. In linksradikalen Kreisen hat das auch ganz gut funktioniert. In Münster selbst wäre da bestimmt noch Luft nach oben gewesen. Auch wenn Pressearbeit und eine ständige Sichtbarkeit der Kampagne uns sehr wichtig waren, hat es nicht in dem Maße polarisiert, wie wir uns das gewünscht hätten. Wir wissen aber auch nicht, wie es gelaufen wäre, wenn die feministischen Protesttage stattgefunden hätten.

Konntet ihr Erfahrungen sammeln, die ihr anderen Gruppen für vergleichbare Veranstaltungen ans Herz legen würdet?

Vieles ist sicherlich schon bekannt. Uns hat es vor allem geholfen, keine Scheu vor einer Partizipation an Bündnissen zu haben. Häufig finden wir uns ja in der gleichen Debatte wieder: Wie tragen wir linksradikale Kritik auf die Straße, wenn wir zeitgleich mit Akteur*innen an einem Tisch sitzen, die diese Kritik nicht formulieren (wollen). Wir haben versucht hier zweigleisig zu fahren und dabei so transparent wie möglich zu kommunizieren. Zum einen sollte es eine linksradikale feministische Vorabenddemo geben. Zum anderen haben wir für den Tag selbst zu einem feministisch-antifaschistischen Block auf der Großdemonstration gegen den 1000-Kreuze-Marsch aufgerufen und relativ transparent mit unseren Bündnisparter*innen über unsere Ziele und Aktionsformen gesprochen. Am Ende des Tages war für uns entscheidend einen Kompromiss zu finden, der es uns ermöglicht unsere radikale Kritik am Patriarchat und dem Kapitalismus auf die Straße zu tragen und gleichzeitig den Marsch der Fundamentalist*innen zu verhindern. In unserer überregionalen Vernetzung probierten wir ähnliches. Uns war es wichtig, kein fertig konsumierbares Konzept zu präsentieren. Viel lieber wollten wir unsere Freund*innen und Genoss*innen in Münster und überregional einbinden und gemeinsam einen kraftvollen Protest ermöglichen.

Du hast es gerade angesprochen, Antifeminismus hat auch etwas mit Kapitalismus zu tun. Wie thematisiert ihr das?

Das Verhältnis zwischen den diversen Dimensionen der Unterdrückung (durch Race, Class, Gender) würde den Rahmen sprengen. Fakt ist aber, dass Kapitalismus weiterhin auf eine Trennung von Produktion und Reproduktion setzt. Der Reproduktion kommt die Aufgabe zuteil, die Schäden einer lebensfeindlichen Produktion einzudämmen. Und Reproduktionsarbeit wird weiterhin von Frauen* verrichtet. Deshalb ist eine bestimmte Geschlechternormierung und -zurichtung im Interesse des Kapitalismus. So ist schon die Frage nach sexueller Selbstbestimmung eine, welche die Gesamtheit der Gesellschaftsform betrifft. In Münster wollten wir im feministischen März nicht nur reaktionären und antifeministischen Akteur*innen den Raum nehmen, sondern darüber hinaus ein klares Signal senden: In letzter Konsequenz geht es darum, das Patriarchat zu Fall zu bringen. Dafür darf es auch mal scheppern.

eklatmuenster.blackblogs.org/





3. AN DER VIELFALT GESCHEITERT: WIE ANTIFASCHISTISCHER WIDERSTAND EIN „IDENTITÄRES“ HAUSPROJEKT IN HALLE ZERMÜRBT HAT

Das extrem rechte Hausprojekt der »Identitären Bewegung« (IB) in Halle sollte ein Leuchtturm rechter Raumnahme werden. Es wurde ein Beispiel dafür, wie die Metapolitik der »Neuen Rechten« an konsequentem Antifaschismus scheitert. Welche Elemente antifaschistischen Widerstands und welche Strategie zum (Zwischen-)Erfolg geführt haben, versucht dieser Beitrag zu beschreiben.

Als Ende November 2019 in der Adam-Kuckhoff-Straße in Halle, in unmittelbarer Nähe zum extrem rechten Hausprojekt der »Identitären«, für einen Umzug ein Halteverbot ausgewiesen wurde, wurde bereits spekuliert, dass es das mit dem Hausprojekt nun gewesen sein könnte. Einen halben Monat später gaben die »Identitären« ihren Auszug aus dem Haus bekannt, das dem geistes- und sozialwissenschaftlichen Campus gegenüber liegt. Sowohl Götz Kubitschek als auch Till-Lucas Wessels machten sich in ihren Verlautbarungen zum „Auszug“ der »Identitären« aus dem Haus keine Mühe, die Niederlage, die sie erlitten hatten, zu beschönigen. Tatsächlich ist damit der Niedergang für die »Identitären« (in Halle) auf dem vorläufigen Tiefpunkt angekommen, und an ihm lässt sich das Scheitern eines ganzen neurechten Politikansatzes festmachen: Der Kampf um Hegemonie, Deutungsmacht und Räume mit Hilfe von physischer Raumnahme in Form eines Hauses.

Dabei waren die Ausgangsbedingungen für das rechte Projekt durchaus gegeben und das Scheitern daher keine Selbstverständlichkeit. Als das Haus im Sommer 2017 öffentlich gemacht wurde, gab es die »identitäre« Ortsgruppe »Kontrakultur Halle« bereits vier Jahre. Auch andere Standortfaktoren müssen als günstig beschrieben werden: Neonazi-Kader, die eine neue Strategie suchten, mehrere (extrem) rechte Burschenschaften in der Stadt, eine Universität mit breitem

Studienangebot und wenigen Zugangsbeschränkungen, Götz Kubitschek direkt vor der Haustür, zwei Jahre rassistische Zuspitzung auf den Straßen und im allgemeinen gesellschaftlichen Diskurs, die damals größte AfD-Fraktion in einem Landtag sowie die Verheißungen Ostdeutschlands, die in den Augen Neurechter das sind, was andere Menschen als Zumutung empfinden: eine Gesellschaft mit starkem Hang zur Homogenisierung, wenige tatsächliche oder vermeintliche Migrant*innen sowie eine schwache Zivilgesellschaft und ein dünnes bürgerliches Milieu.

Dennoch scheiterten die »Identitären« mit ihrem Projekt. Die Erfolgskriterien für die Bekämpfung des Hauses und der IB werden nachfolgend nachgezeichnet.

Antifa-Recherche

Am 6. Juni 2017 kündigte Götz Kubitschek mit dem üblichen überheblichen und selbstgefälligen Geschwurbel an, dass »EinProzent« ein Hausprojekt in „provokanter Lage“ eröffnen wird, das dem »neurechten« Milieu und deren Organisationen eine „verlässliche Struktur” geben solle. Bereits am 18. Juni machte »Sachsen-Anhalt rechtsaußen« mit einer umfangreichen Recherche das Objekt, die Strategie, die Bewohner*innen und die Finanzierung des Objektes öffentlich. Mit dieser Enttarnung kam man den Rechten zuvor.

Damit haben wir einen der zentralen Erfolgsfaktoren für den Kampf gegen das Haus und die Identitären identifiziert: Antifaschistische Recherche, die kontinuierlich die Strukturen und Personen ausleuchtet, Personenprofile und Hintergründe offenlegt und sachliche, belegbare und nachvollziehbare Hintergrundartikel produziert. Diese Informationen sind nicht nur zentral für die antifaschistische und interventionistische Praxis, sie sind ebenso zentral für Medien und damit Teil des Kampfes um die Hegemonie und Deutungsmacht über das Haus und die darin aktiven Akteur*innen.

Schnelle antifaschistische Mobilisierung

Als zweiter Erfolgsfaktor im Kampf gegen das extrem rechte Hausprojekt lässt sich die erste antifaschistische Mobilisierung und Demonstration identifizieren. Obwohl aus der antifaschistischen Szene heraus und mit wenig Vorlauf, gelang eine breite gesellschaftliche Mobilisierung, die deutlich über linke Szene-Zusammenhänge und studentisches Milieu hinausreichte. Mit der Demo wurde öffentlich sichtbar, dass es einen gesellschaftlich breit getragenen Widerspruch gegen das rechte Haus gibt.

Antifaschistische Kampagnenarbeit

Aus der Demonstration – die den Namen »Kick them out – Nazizentren dichtmachen« trug – entwickelte sich die gleichnamige Kampagne und später kontinuierlich arbeitende Antifa-Gruppe, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, eine kontinuierliche Antifa-Arbeit gegen das Nazi-Haus zu organisieren. Wichtigste Aufgabe, vor allem zu Beginn – als es noch keine anderen handlungsfähigen Strukturen gab – war es, bei jeder (öffentlichen) Aktion der »Identitären« Gegenprotest und damit sichtbaren Widerstand zu organisieren. Zunächst galt es auf die einmal im Monat an einem Donnerstagabend stattfindenden »Staatspolitischen Salons« zu reagieren, später vor allem auf die viermal im Jahr stattfindenden, größeren Veranstaltungen. Letztere waren wohl der Versuch der »Identitären«, auf das gescheiterte Konzept der »Staatspolitischen Salons« zu reagieren. Es fanden nunmehr Formate wie die »neurechte« Buchmesse, das »identitäre« Sommerfest oder der »identitäre« Weihnachtsmarkt statt. Protestiert wurde meist zu beiden Seiten des Hauses, so dass die Polizei das Haus hinter Fahrzeugen und Hamburger Gittern verschanzte. Die Anreise durch Gegenprotest und Polizei hindurch wurde für die Nazis zum Spießrutenlauf. Zugleich erzeugte dies Bilder des Ausnahmezustandes und nicht der Normalität vom Haus – die Bilder ließen sich nicht durch die »Identitären« kontrollieren und inszenieren.

Neben dem kontinuierlichen Gegenprotest, war es auch Teil der Strategie, den Widerstand regelmäßig in größere Demonstrationen gipfeln zu lassen, die keine Reaktionen auf Aktionen der »Neuen Rechten« darstellten. Diese sollten Momente der Zuspitzung und der Sichtbarkeit erzeugen und damit ebenfalls einer Normalisierung entgegenwirken. Dies gelang mit zwei weiteren Demonstrationen mit knapp unter 1.000 Teilnehmenden im Oktober 2017 und im April 2018. Zur Arbeit der Kampagne gehörte, dass Bedrohungen und Übergriffe durch die »Identitären« strukturiert gesammelt wurden. Auch mit Hilfe dieser umfangreichen Materialsammlung gelang es, die Inszenierung der »IB« als gewaltfrei zu brechen. Diese und weitere Informationen über »Neue Rechte« und die »Identitären« wurden in einer Vielzahl von Aufklärungs- und Bildungsveranstaltungen vermittelt, auch außerhalb der üblichen Räume, um einen weiten Personenkreis zu informieren. Aktives Ausbrechen aus der linksradikalen und studentischen Szene, das Zugehen auf und die Vernetzung mit bürgerlichen Gruppen und Akteur*innen waren wichtig, um das Wissen über die »Identitären« zu verbreitern. Dies funktionierte erstens, weil »Kick them out« als Akteur mit fundiertem Fachwissen wahrgenommen wurde, und zweitens, weil statt Verbalradikalismus eine angepasste Form und Sprache gewählt wurde, die ein »bürgerliches Milieu« nicht (sofort) erschreckte. Die Erkenntnis, dass Hegemoniekämpfen von rechts auch solche von links entgegenzusetzen sind und es nicht reicht, rechthaberisch Politik aus dem eigenen autonomen Zentrum heraus zu machen, ist eigentlich trivial, soll aber dennoch betont werden.

Bürgerlicher Protest

Der vierte Erfolgsfaktor war eine entschiedene Reaktion der unmittelbaren Nachbar*innenschaft des extrem rechten Hausprojekts. Die direkten Anwohner*innen des Nazi-Hauses organisierten sich relativ schnell in einer eigenen Initiative und wiesen den Versuch und den Wunsch der »Identitären« nach „guter Nachbarschaft” entschieden und klar zurück. Mit dem breit unterzeichneten Offenen Brief an die

neuen Bewohner*innen des Hauses in der Adam-Kuckhoff-Straße 16 wurde sowohl den »Identitären« als auch der Öffentlichkeit klar signalisiert, dass sie keinen Rückhalt im Viertel zu erwarten haben. Es blieb aber nicht bei der öffentlichen Bekundung; die Anwohner*innen protestierten gemeinsam oder in arbeitsteiliger Absprache mit antifaschistischen Initiativen gegen das extrem rechte Hausprojekt.

»Halle gegen Rechts – Bündnis für Zivilcourage«, ein etabliertes und sehr sprechfähiges Bündnis, das sich seit Jahren gegen die extreme Rechte engagiert, unterstützte mit anderen aktiv die Gründung der Anwohner*innen-Initiative. Auch organisierte das Bündnis zu ausgewählten symbolischen Terminen Protest gegen Aktionen der »Identitären«. Das Bündnis betrieb vor allem eine aktive Pressearbeit, diente zahlreichen Medien als kompetenter Ansprechpartner und bewirkte, dass die Selbstinszenierung der »Identitären« gebrochen werden konnte. Es führte zahlreiche Gespräche mit Repräsentant*innen der Stadtpolitik und Stadtgesellschaft und trug so dazu bei, dass diese entweder einen eigenen Umgang entwickelten oder sich klar gegen die »Identitären« positionierten. Eine besondere Rolle spielte das Bündnis bei den Protesten gegen den Aufmarsch der »Identitären«, der für den 20. Juli 2019 geplant war. Durch die breite und spektrenübergreifende Mobilisierung konnte der Aufmarsch vollständig blockiert werden. Damit konnte dem allgemeinen Niedergang der »Identitären« eine weitere entscheidende und auch symbolisch wichtige Niederlage zugefügt werden. Nicht nur den Kampf um die Bilder hatten die »Identitären« an diesem Tag klar verloren.

Militanter Antifaschismus

Neben der offensiven Pressearbeit und den zahlreichen Protesten ist aber ebenso der militante Antifaschismus als Erfolgskriterium im Kampf gegen das Haus zu benennen. Die zahlreichen Angriffe haben nicht nur massiv an den Nerven der Bewohner*innen des rechten Hauses gezerrt, sondern machten Nachtwachen und bezahlte Security not-

wendig und verursachten auch andere Kosten, bspw. durch den notwendigen Austausch von Schlössern oder das Entfernen von Buttersäure. Auch die zahlreichen Farb-Attacken waren wichtig, haben sie doch einen optischen Ausdruck dafür geliefert, dass es sich eben nicht um ein ganz normales Haus, wie die anderen in der Straße, handelt.

Neben dem militanten hat sich aber auch ein alltäglicher Antifaschismus entwickelt, der in der Wirkung anders, aber ebenfalls erfolgreich war. Die Outings in der Uni und das Informieren und Sensibilisieren von Lehrkräften und Kommiliton*innen haben dazu geführt, dass die »Identitären« eben nicht ungestört studieren konnten und meist auch schnell wegblieben. Ebenso wurde es zum Sport, dass »Identitäre«, sobald sie irgendwo im Stadtgebiet gesichtet wurden, bepöbelt wurden. Auch Cafés und Kneipen wurden mit eigenen Materialien informiert, getreu dem Motto: »Kein Bier für Nazis«. Die Normalität wurde immer wieder durchbrochen.

Gescheitert, aber dennoch da

Die »Identitären« wollten ein Brückenkopf und Leuchtturmprojekt des neurechten Widerstands gegen das linke und liberale Milieu sein. Sie haben aber den breiten und dauerhaften Widerstand von Antifa bis Anwohner*innen unterschätzt, der eine Normalisierung dieses Projektes nicht zuließ. Der konsequente Widerstand und die Vielfalt der Akteur*innen und Mittel – vom militanten Angriff auf das Haus, über Blockaden bis hin zum Nachbarschaftsfest – haben die Raumnahme und Verankerung verhindert. Die »Identitären« sind gescheitert, das Hausprojekt zunächst auch, aber es wohnen weiterhin Rechte darin. Nach einem finalen Auszug sieht es derzeit nicht aus. Wir werden beobachten, ob sie einen Neuanfang wagen. Und wir werden darauf reagieren.

kickthemout.noblogs.org/

4. LET‘S BUILD UP A MOVEMENT!
HOW TO OFFENES TREFFEN
INTERVIEW MIT DER REDICAL [M]

Warum seid ihr der Meinung, dass es offene Treffen braucht?

Red: Der Rechtsruck, der uns alle bedroht, ist ein Projekt, dem es gelingt, massenhaft Leute zu mobilisieren und uns vor große Herausforderungen stellt. Bürgerliche Akteur*innen, wie Parteien, sind zum großen Teil unfähig eine klare Opposition gegen die Faschisten aufzubauen. Im Zweifel tendieren sie dazu, sich ihnen anzupassen und rechte Positionen zu integrieren. Die radikale Linke ist dagegen als fundamentale Opposition zur gesellschaftlichen Rechtsentwicklung sehr exklusiv, klandestin und geschlossen. Strukturen sind oft für Außenstehende intransparent und hochschwellig, Gruppen sind oft schwer zu erreichen und wenig ansprechbar. Wir sind der Meinung, dass wir nur handlungsfähig werden, wenn wir Wege finden, Leute zu organisieren und es Interessierten ermöglichen, an der Arbeit der radikalen Linken teilzunehmen.

Was ist notwendig, um ein offenes Treffen zu organisieren?

Red: Bei der Planung müsst ihr euch natürlich überlegen, wie es um eure Ressourcen steht. Ihr braucht einen zugänglichen Raum und Geld für die Werbung. Beim Raum solltet ihr einige Dinge beachten. Er sollte auf der einen Seite sicher sein und für euch immer zugänglich, auf der anderen Seite aber auch nicht abschreckend. Sobald ihr euch um solche Sachen gekümmert habt, solltet ihr euch überlegen, wen genau ihr ansprechen wollt. Das ist sehr wichtig, um eure Werbung daran anzupassen. Gibt es zum Beispiel eine Schule in eurer Stadt mit linken Lehrer*innen, eine Uni mit einer vielversprechenden Studierendenschaft oder vielleicht sogar einen Betrieb der dafür in Frage kommt? Daran passt ihr dann eure Werbung an. Das gilt sowohl für den Style als auch für die Auswahl der Medien, über die ihr bewerbt. Geht nicht davon aus, eine diverse Massenorganisation aufbauen zu können, sondern versucht, eure Zielgruppe festzulegen!

Was ist denn für ein erstes Treffen zu beachten?

Red: Mit dem ersten Treffen steht und fällt eine ganze Menge! Denkt euch also genau aus, was ihr bei diesem Treffen vorhabt. Sucht euch zum Beispiel einen Text raus, den ihr gemeinsam lest oder sprecht über ein konkretes Projekt. Bereitet eine Moderation und eine Liste an Themen vor, die ihr besprechen könnt. Überlegt euch auch vorher schon einen Umgang damit, dass viele Leute im Raum sich nicht kennen werden oder schüchtern sind. Wir haben außerdem gute Erfahrungen damit gemacht, direkt Aktivitäten anzubieten, um Leute direkt zu aktivieren. Erwartet aber auch nicht zu viel vom ersten Treffen! So etwas aufzubauen braucht Zeit und Geduld, lasst euch also von kleineren Rückschlägen nicht aus der Bahn werfen.

Wie sollten solche Treffen aufgebaut sein?

Red: Den einen, richtigen Entwurf gibt es natürlich nicht. Wir haben die Treffen so aufgebaut, dass wir im ersten Teil über praktische Themen gesprochen haben, die bei uns in Göttingen zu dem Zeitpunkt anstanden. Im zweiten Teil haben wir dann gemeinsam einen kleinen Text gelesen und diskutiert. Die Texte unserer Freund*innen von „Straßen aus Zucker“ bieten sich für so etwas an. Für Leute, die ein größeres Interesse an theoretischer Auseinandersetzung haben, haben wir dann neben dem regulären Plenum noch kontinuierliche Lesekreise organisiert. Wir finden es aber wichtig zu vermitteln, dass Theorie und Praxis zusammenhängen!

Welche Themen habt ihr im offenen Treffen besprochen und bearbeitet?

Red: Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, Themen nach Notwendigkeit und Interesse auszuwählen. Rund um unsere Beteiligung an der Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ haben wir uns viel mit der AfD, dem Rechtsruck allgemein, aber auch mit den neuen Polizeigesetzen auseinandergesetzt. Die inhaltliche Auseinandersetzung hatte auch immer einen konkreten Output, also eine gemeinsame Zuganreise zu einer Demo, eine Foto-Aktion oder so ähnlich. Außerdem haben wir uns viel mit Themen wie Feminismus und Antirassismus auseinandergesetzt, die wir für unerlässlich halten. Natürlich haben wir auch immer versucht auf konkrete Anliegen und Wünsche der Genoss*innen aus dem offenen Treffen selbst zu reagieren, denn theoretische Auseinandersetzung muss auch immer an das Interesse der Leute anknüpfen!

Was genau war eure Rolle im offenen Treffen?

Red: Am Anfang haben wir die Treffen vorbereitet und moderiert, also versucht, dem Ganzen eine Struktur zu geben. Unser Ziel war aber natürlich, eine eigenständige Struktur aufzubauen, und nicht Leuten unseren Plan aufzuzwingen. Es ist wichtig, dass sich erfahrene Personen in der Arbeit verstärkt einbringen um Fähigkeiten und Erfahrungen zu teilen. Eine solche Gruppe aufzubauen, erfordert Erfahrung – wir haben versucht, unsere Erfahrung bereitzustellen und den Genoss*innen zugänglich zu machen. Antiautoritäre Praxis bedeutet natürlich aber auch, die Leute zunehmend dazu zu befähigen, Aufgaben eigenständig und ohne Hilfe zu erledigen.

Was für Schwierigkeiten können beim Aufbau einer solchen Gruppe auftreten?

Red: Es gibt natürlich unterschiedliche mögliche Gefahren beim Aufbau so eines Treffens. Ob das nun Gefahren von außen – also Nazis oder so – sind, oder Probleme innerhalb des Treffens – Entwicklung zum Boys Club – wichtig ist, dass ihr euch darüber austauscht und eine gemeinsame Praxis herstellt. Wenn ihr selbst damit überfordert seid, fragt doch eure lokale Antifa-Gruppe des Vertrauens, oder meldet euch bei uns. Mit solchen Situationen muss natürlich niemand alleine umgehen!

redicalm.org/

5. GESELLSCHAFTLICHE BÜNDNISSE GEGEN DEN AUTORITÄREN STAAT: KÄMPFE UM DAS POLIZEIGESETZ IN BAYERN (NIKA BAYERN)

What the PAG? - Mit NIKA Bayern gegen die autoritäre Formierung, die Polizei und ihr neues Aufgabengesetz

Was bisher geschah...

Im Februar 2018 ploppte es zum ersten Mal irgendwo auf. Die CSU hatte einen Gesetzesentwurf in den Landtag eingebracht. Es ging um ein Polizeiaufgabengesetz PAG, das die innigsten und wüstesten Fantasien der Repressionsbehörden befriedigen sollte, inklusive irgendwas mit Handgranaten und Staatstrojanern. Was anfangs klang wie eine dieser ausgeschmückten und aufgebauschten Social-Media Gruselgeschichten, erwies sich beim Blick in den Gesetzesentwurf als ein ernstzunehmendes Ding. Die geplanten Neuerungen erschöpften sich nicht im Ausbau geheimdienstlicher Befugnisse und allerlei Spielzeug wie Drohnen, Bodycams, Onlinedurchsuchungen und erweiterte DNA-Analysen. Denn vor allem sollte dieses PAG die Polizei befähigen, aufgrund einer ominösen „drohenden Gefahr“ zur Tat zu schreiten, ohne auf lästige Gerichtsurteile oder dergleichen warten zu müssen.

Selbst für bayerische Verhältnisse war das ganz schön knackig. Jedenfalls entsprach es aber der Tendenz, soziale Fragen und Widersprüche zunehmend polizeilich-repressiv zu beantworten. Schon die im Vorjahr eingeführte sogenannte Unendlichkeitshaft (die sich ebenfalls auf das Konstrukt der drohenden Gefahr stützt) und nicht zuletzt ein geplantes „Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz“, in dem hilfsbedürftige Menschen einer Verdachtskultur ausgesetzt wurden, wiesen in diese Richtung. Bayern neigt dazu, mit repressiven Vorstößen das vorwegzunehmen und auszutesten, was später den restlichen Bundesländern blüht; das kannten wir schon aus den Auseinandersetzungen um das bayerische Versammlungsgesetz oder das Integrationsgesetz.

2018 war außerdem das Jahr, in dem in Bayern der Landtag gewählt wurde. Die CSU bemühte sich daher ganz besonders, bei den Fans von Law-and-Order zu punkten. Zudem war die CSU in der recht komfortablen Lage, als bayerische Alleinherrscherin solche Gesetze ohne großen Stress durch das Landesparlament winken zu können. Keine besonders rosigen Aussichten. Trotzdem war klar, dass da was passieren muss und am besten schnell: Am 15. Mai sollte bereits über das Gesetz abgestimmt werden. Bald hatte sich ein breites Bündnis unter dem Label NoPAG zusammengefunden und auf eine erste öffentlichkeitswirksame Aktion geeinigt: Am 10. Mai, wenige Tage vor der Verabschiedung des Gesetzes, sollte eine große Demonstration in der bayerischen Landeshauptstadt politischen Druck aufbauen. „Breites Bündnis“ meint in diesem Fall wirklich breit: Von bürgerlichen Parteien über den Hanfverband und Fußball-Fangruppen bis zur Antifa. Die Landtagsfraktion der CSU bescheinigte dem Bündnis in einer Plenardebatte dann auch verfassungsfeindliche Bestrebungen und bezeichnete die weitere Mitarbeit von SPD und Grünen im Bündnis als „Gefahr für den Rechtsstaat“. Unser Plan war es, innerhalb von NoPAG zusammen mit lokalen antifaschistischen und autonomen Gruppen für einen Antifa-Block zu werben, um in der Großdemo Positionen sichtbar zu machen, die über die Kritik an den geplanten Gesetzesänderungen oder einen bloßen Tadel der CSU für undemokratisches Betragen hinausgingen. Dafür beteiligten wir uns an einem gemeinsamen Aufruf, in dem auch die Polizei als „Garantin und Durchsetzerin der bürgerlichen Herrschafts- und Eigentumsordnung“ und natürlich „Staat, Nation und Kapitalismus“ was auf den Deckel bekamen, veröffentlichten einen eigenen inhaltlichen Beitrag über den „weinerlichen Halbgott“, dem da ein neues Aufgabengesetz geschenkt werden sollte, und machten all das, was eben anfällt, wenn eine große Demo ansteht. Daneben gab es auch im Bündnis einiges zu tun. Sind der übliche Bündnis-Hickhack und die Zusammenarbeit mit den Parteien von Hartz IV und Kriegseinsatz ohnehin stets ein Thema für sich, saßen da außerdem auch noch einige ziemlich unangenehme Figuren, vor allem aus dem verschwörungstheoretischen Spektrum. Wir hatten bei anderer Gelegenheit mal formuliert, dass Bündniskonstellationen darauf abzuklopfen sind, ob man offensiv und

selbstbewusst eigene radikale Inhalte und gesellschaftliche Alternativen liefern kann. Ein Pragmatismus, der seine Grenzen nicht kennt, taugt ebenso wenig wie pseudoradikaler Rückzug dazu, die gesellschaftlichen Verhältnisse ins Wanken zu bringen. Die Zusammenarbeit mit einem Spektrum, das gerne als Querfront bezeichnet wird, ist dann aber doch zu viel der Krötenschluckerei. Die Details der Auseinandersetzungen würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen, im Wesentlichen waren die größten Nervbolzen am Ende raus, da haben alle Outing-Emails und -Artikel nichts geholfen. Unterdessen bekundeten auf Facebook Zigtausende ihr Interesse an der Demonstration.

We introduce: NIKA Bayern

Das Projekt NIKA Bayern war zu diesem Zeitpunkt noch ganz frisch. Ende April hatten einige bayerische Gruppen gemeinsam mit uns die Kampagne gestartet; die offizielle Auftaktkonferenz war für den 25. Mai angekündigt, also für gut zwei Wochen nach der Großdemo. Die Demo schien uns eine passende Gelegenheit, die neue Kampagne zum ersten Mal breiter in Erscheinung treten zu lassen. Das PAG als institutioneller Ausdruck der autoritären Formierung bot sich als Betätigungsfeld für NIKA geradezu an. Um NIKA auf der Straße, im Web und auf den Infotischen sichtbar zu machen, haben wir Texte und Beiträge verfasst, Aufrufe gedruckt, Schilder gebastelt und einen ganzen Haufen Transparente gepinselt. Wie sich zeigen sollte, hätte sich kaum eine bessere Kulisse bieten können: Bis zu 40.000 Leute waren es, die die Münchner Straßen fluteten, der Antifa-Block war ganz schön riesig und ganz schön schick. Im Anschluss scherte noch eine große Sponti aus und eroberte sich Raum zum Feiern. Auch in den folgenden Tagen gab es eine Reihe Demos, Spontis und andere Aktionen, in weiteren bayerischen Städten wurde ebenfalls demonstriert. Die CSU hat das natürlich nicht davon abgehalten, das Gesetz an den Start zu bringen. Was aber gelang, war eine gewisse Stimmung zu schaffen: Leute zu motivieren, selbst etwas auszuprobieren, eigenständig etwas zu reißen, die ganze Stadt mit Beleidigungen gegen die CSU zuzuballern. Unser Anspruch mit NIKA war und ist es, nicht bei reinen Abwehrkämpfen stehen zu bleiben, sondern für linke Forderungen und Projekte in die Offensive zu gehen sowie linke Kämpfe zusammen- und voranzubringen. Es bot sich also an, als Gruppe im Bündnis und als Kampagne am Ball zu bleiben. Das Bündnis werkelte neben der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit an einer Verfassungsbeschwerde und plante weitere Demos und Kundgebungen.

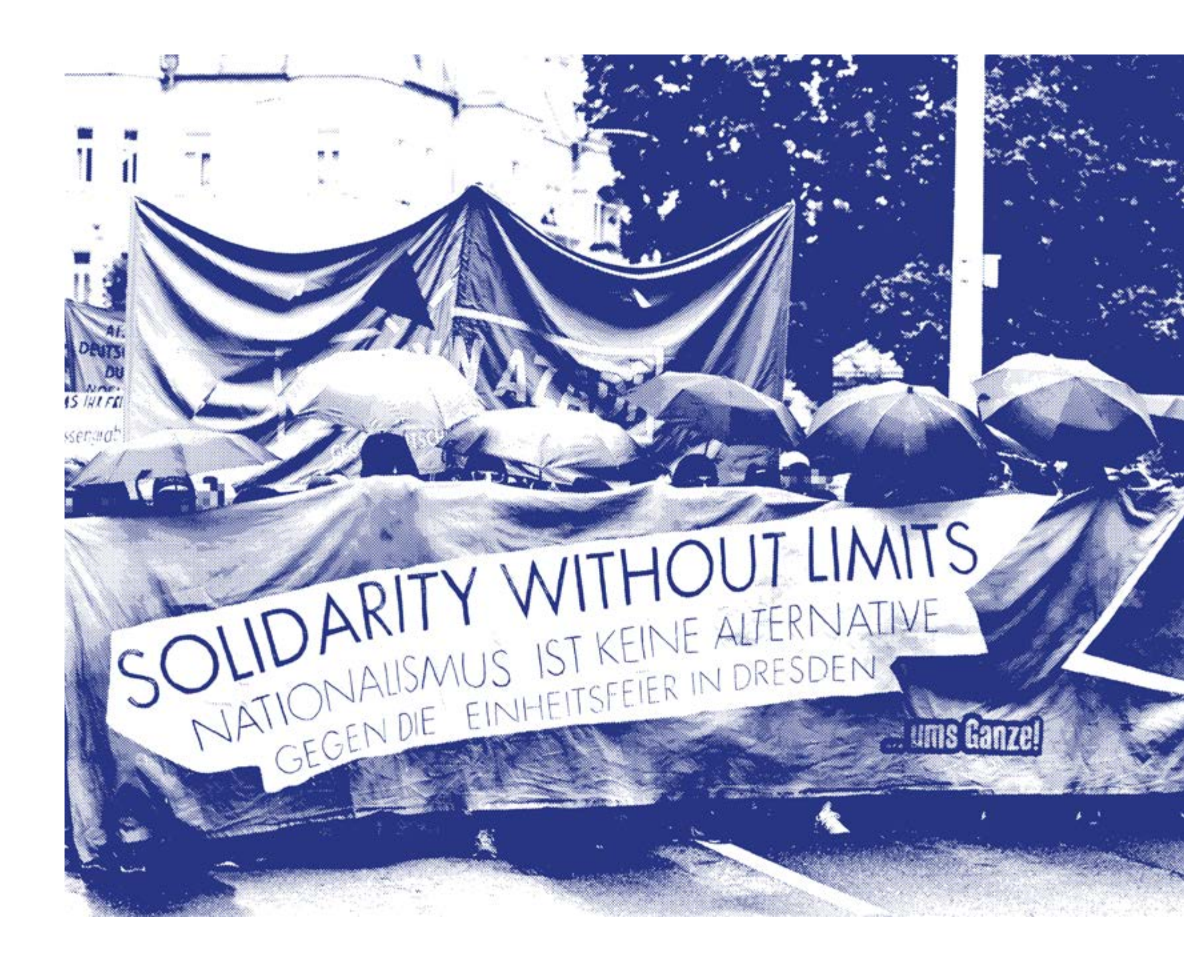
Noch während der Großdemo hatte ein Bundestagsabgeordneter der CSU getwittert, der Umstand, dass 0,3% der Wahlberechtigten in Bayern gegen das neue Polizeiaufgabengesetz demonstriert hätten, zeige doch, dass die Bayern nahezu geschlossen hinter einer konsequenten Sicherheitspolitik und dem neuen PAG stünden. Es war eine Mischung aus solchem weißbierumnebeltem Gebrabbel, dem aggressiven Wahlkampfgetöse der Söders und Seehofers und sicher auch der Spannung zwischen konservativen ländlichen Regionen und liberalen Großstädten, die ein gutes Klima für Proteste schufen. Während der Freistaat seit Jahrzehnten von der CSU regiert wird, gehen die Großstädte eher an die SPD, zuletzt räumten dort auch die unvermeidlichen Grünen ab. Gerade in München waren die Sprüche des CSU-Spitzenpersonals über eine „Anti-Abschiebe-Industrie“, der Kreuz-Erlass und das neue PAG nicht geeignet, zu punkten. Vielmehr mobilisierten sie die Zivilgesellschaft: Für den 22. Juli wurde unter dem Motto #ausgehetzt zu einer Großdemo gegen den Rechtsruck getrommelt. Die CSU kam nicht aus ihrer Rolle, legte sich erst mit der Münchner Theater- und Kulturlandschaft an und hängte dann die halbe Stadt mit Plakaten zu, auf denen vor der Demo gewarnt wurde. Sie hat damit sicher unfreiwillig ihren Teil dazu beigetragen, dass trotz sintflutartigen Regens an die 50.000 Menschen auf diese Demo gingen, die wohl als eine nicht unerhebliche Inspiration für #unteilbar gelten kann. NoPAG beteiligte sich mit einem Demo-Zubringer, und wir warben diesmal für einen NIKA-Block. Gerade bei dieser Demo hatten wir den Eindruck, dass das Auftreten als NIKA auf unerwartet viel und ungewohnt positive Resonanz stieß. Unser Info-Pavillon auf der Abschlusskundgebung wurde rasch leergeräumt und war ein Anlaufpunkt für viele interessierte Leute abseits altbekannter Gesichter. Wie schon bei anderen Gelegenheiten, hatten wir

hier den Eindruck, dass NIKA zugänglicher nach außen wirkt und dass zudem organisierte Leute weniger Sorge hatten, sich zuordenbar zu machen – etwa durch das Abhängen im Pavillon oder an Infotischen. Besonders gefreut haben wir uns über eine ganz und gar nicht szeneaffine Mutter, die sich bei uns nach rechtlicher Unterstützung für ihre Tochter erkundigte. Die war kurz zuvor geschnappt worden, als sie CSU-Plakate fachgerecht entsorgt hatte. Zum Ende des Wahlkampfes gab es schließlich gleich nochmal eine Demo mit etwa 40.000 Menschen, offenbar ohne dass noch eine vernünftige Werbung vonnöten gewesen wäre. Unter dem Motto „Wir sind alle drohende Gefahr“ organisierten wir abermals einen NIKA-Block, diesmal ein ziemlicher Selbstläufer.

Und jetzt?

Es war abzusehen, wen die Maßnahmen, die sich aus dem PAG ergeben, als erstes treffen würden: In einer Sammelunterkunft in Schweinfurt wurden mehrere Geflüchtete als „Gefährder“ in Gewahrsam genommen, und das ohne anwaltliche Vertretung. Was die Eingriffsschwelle „drohende Gefahr“ bedeutet, haben diejenigen am eigenen Leib erfahren, die aus München zu den Protesten gegen den S20-Gipfel in Salzburg fahren wollten – und stattdessen vorsorglich in Gewahrsam genommen und mit Ausreiseverboten belegt wurden. Nach und nach wurden auch weitere Bundesländer mit neuen Polizeigesetzen ausgestattet. Der gleiche Söder, dessen Sprüche 2018 noch die Leute auf die Barrikaden getrieben haben, wird zwei Jahre später auf einer Kundgebung gegen Rechts ans Mikrofon gebeten. Große Demos gegen PAG, CSU und den Rechtsruck gibt es nicht mehr. Dass es nach der Wahl nicht einfach so weitergehen würde, war abzusehen. Wir denken aber, dass es punktuell gelungen ist, Konflikte zuzuspitzen, eigene Positionen auch im Bündniskontext stark zu machen, in ganz ungewohnten Konstellationen Erfahrungen zu sammeln und mit neuen Leuten etwas zu reißen. Und wir denken, dass NIKA das richtige Format dafür war.

nationalismusistkeinealternative.net/bayern/



GLOSSAR

Akkumulation (S. 21) beschreibt die Anhäufung von Kapital durch die Ausbeutung der Ware Arbeitskraft. Sie ist das treibende Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft. Wenn die Anhäufung von Kapital stockt, aber auch wenn zu viel Kapital nicht verwertbar ist, gerät der Kapitalismus in Krisen (Arbeitslosigkeit, Betriebe werden geschlossen usw.).

Ausnahmezustand (S. 16) bezeichnet einen übergesetzlichen Notstand, in dem parlamentarische Demokratie und Rechtsstaat außer Kraft gesetzt sind. Weil im Ausnahmezustand die Zeit der Exekutive und des Souveräns (z.B. des Führers) schlägt und bspw. Demonstrationen und Streiks verboten werden können, denken Faschist_innen Politik gerne vom Ausnahmezustand her. Stichwortgeber ist der NS-Jurist und Vordenker der Neuen Rechten Carl Schmitt: „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet".

Autosuggestiv (S. 17) Bei der Autosuggestion (Selbstbeeinflussung) wird derselbe Gedanke über längere Zeit wiederholt, bis er zu einer individuellen Wahrheit wird. Botschaften, die wir immer und immer wieder hören, übernehmen wir meist als wahre Aussage, ohne dass wir ihren Wahrheitsgehalt überprüfen. In diesem Kontext bedeutet dies, dass sich die faschistische Ideologie aus sich selbst heraus bestätigt, etwa durch ständige Propaganda, Internetblasen und Foren, Immunisierung gegen Wissenschaft, Fakten, Statistiken etc.

Erweckungsbewegungen (S. 18) waren ursprünglich christliche Gruppen, die von sich behaupteten, durch eine göttliche Eingabe erleuchtet zu sein und die Menschheit mit dieser Nachricht zu einer

Umkehr des bisherigen Lebens bekehren wollten. Völkische Bewegungen versuchen die von ihnen als liberal und dekadent wahrgenommene Gesellschaft ebenfalls zu erwecken („Deutschland erwache“, „Mut zur Wahrheit“) und zu einer faschistischen Umkehr zu bewegen.

Establishment (S. 18) ist eine Bezeichnung für alteingesessene, mächtige Teile der Gesellschaft – man könnte auch sagen für Teile der herrschenden Klasse. Seit den 1960er Jahren war der Begriff in der außerparlamentarischen Linken weit verbreitet und diente dort auch als Abgrenzung zu Subkulturen und gesellschaftlich unterdrückten Randgruppen. Seit den 2000ern benutzen auch verstärkt Rechte den Begriff, um sich einen rebellischen Gestus zu geben und gegen unliebsame Politiker_innen zu polemisieren. Der Linken sollte es hingegen um die gesellschaftliche Funktion gehen, und nicht um das Personal.

Euronationalismus (S. 37) bezeichnet eine Ideologie unter Liberalen, aber auch unter Faschist_innen, die Europa als geeinte und wehrhafte politische Gemeinschaft oder Nation gegen andere Großmächte aufbauen will. Die angeblich überlegene europäische Kultur soll sich gegen Migration abschotten und durch gemeinsame Politik einen gemeinsamen Wirtschaftsstandort aufbauen.

Fordismus (S. 15) beschreibt eine Periode in der kapitalistischen Entwicklung von den 1920ern bis in die 70er Jahre. Angelehnt an Henry Fords Strategie zur Organisation seines Unternehmens und seiner Fabriken, bezeichnet Fordismus eine gesamte Gesellschaftsformation. Charakteristisch für den Fordismus ist intensive Industrieproduktion von Standardmassengütern (z.B. Autos, Kühlschränke). Viele Lohnabhängige waren entfremdeter Fließbandarbeit unterworfen. Dem steht aber auch ein steigender Wohlstand für viele Lohnabhängige durch Massenkonsum, einen starken Wohlfahrtsstaat und Gewerkschaften gegenüber. Das ging einher mit einem ungleichen Geschlechterverhältnis: Der fordistische Familienlohn des Mannes befestigte seine Ernährerrolle und die Abhängigkeit von (erwerbslosen oder teilzeitbeschäftigten) Frauen in Paarbeziehungen.

Gender-Mainstreaming (S. 33) ist ein staatliches Konzept zur Reduzierung von Geschlechterungleichheit und findet oft im Bereich der öffentlichen Verwaltung Anwendung. Aus linker und feministischer Perspektive sind Top-Down-Ansätze nicht in der Lage, Herrschaftsstrukturen kritisch zu hinterfragen, sondern neigen zu ihrer Verfestigung. Gender-Mainstreaming ist Lieblingsthema der Faschist_innen, da es eine „Verschwörung“ und „feministische Unterwanderung des Staates“ zeige.

Hegemonie(projekte) (S. 32) sind politische Projekte, die eine Problemwahrnehmung verbreiten, um damit gesamtgesellschaftliche Überzeugungskraft zu gewinnen und bestimmte Ziele durchsetzen zu können. Die Organisationen und Bewegungen hinter den Hegemonieprojekten stützen die Interessen gesellschaftlicher Gruppen und Klassen und beeinflussen, verändern und formen diese zugleich.

Heteronormativität (S. 29) ist Setzung der Norm, dass es nur zwei geschlechtliche Identitäten gibt, Mann und Frau, die ihr Begehren auf das jeweils andere Geschlecht richten. Als Machtverhältnis führt Heteronormativität zur Diskriminierung von Identitäten und Sexualitäten, die diese Norm nicht erfüllen. Heteronormativität wirkt jedoch nicht nur auf das Individuum, sondern bestimmt auch gesellschaftliche Strukturen und politische Debatten, von Arbeitsteilung und Elterngeld bis hin zum Schnitt einer standardisierten Wohnung.

Klimaskeptizismus (S. 23) bezeichnet Haltungen, die grundlegende Erkenntnisse der Klimaforschung infrage stellen. Manche Klimaskeptiker_innen glauben nicht, dass die Durchschnittstemperatur auf der Erde überhaupt ansteigt, Gletscher zurückgehen oder Polkappen

schmelzen. Andere wollen nicht wahrhaben, dass der Klimawandel von Menschen und deren Wirtschaftsweise verursacht ist, sondern gehen davon aus, dass große Temperaturschwankungen natürlichen Ursprungs sind.

Leitkultur (S. 34) Unter Leitkultur werden bestimmte westlich-liberale Wertvorstellungen verstanden, die alle in Deutschland Lebenden verbinden sollen, die aber auch verbindlich sein sollen. Oft wird der Begriff der „deutschen Leitkultur“ von der politischen Rechten als Gegenbegriff zum Multikulturalismus verwendet; zudem wird die Angst vor einer Bedrohung der Kultur durch „Überfremdung“ geschürt.

Misogynes Feindbild (S. 31) Misogynie ist ein anderes Wort für Frauenhass. Ein misogynes Feindbild meint somit eine grundsätzlich feindselige Einstellung gegenüber Eigenschaften und Personen, die als weiblich kategorisiert und angegriffen werden.

Neue Rechte (S. 54) ist die Selbstbezeichnung einer extrem rechten Strömung, die in den 1970er Jahren in Frankreich entstand (Nouvelle Droite) und bald auch in Deutschland Fuß fasste. Um sich vom gewöhnlichen Dorfnazi abzugrenzen, beziehen sich die Akteur_innen nur selten direkt auf den NS, sondern auf dessen ideologische und politische Vorläufer, vor allem den Konservatismus der 1920er Jahre. Sie reagiert auf die Niederlage des historischen Faschismus und auf die außerparlamentarische Linke, deren Methoden sie teilweise adaptieren möchte. Im weiteren Sinn gehören auch AfD, Identitäre Bewegung und eine Vielzahl von rechten Zeitschriften in diese Tradition der Neuen Rechten.

Neoliberalismus (S. 7) bezeichnet die politische Umsetzung einer Wirtschaftslehre, die ein vermeintlich selbstbestimmtes, individuelles und rationales Wirtschafts-Subjekt in den Mittelpunkt stellt (den „homo oeconomicus“), das sich auf dem „freien“ Markt entfalten soll. Gesellschaft wird in dieser Ideologie zu einer Ansammlung immer schon selbständiger kleiner Unternehmer_innen. Für das Verhältnis von Arbeit und Kapital heißt das: maximale unternehmerische Freiheit für das Kapital national und international, aufseiten der Lohnabhängigen dagegen Abbau staatlicher sozialer Sicherungssysteme, Schwächung der politischen Organisationen (vor allem Gewerkschaften) und Zwang gegen Arbeitslose. Seit den 90er Jahren sind dadurch diverse kapitalistische Wirtschaftskrisen verursacht worden.

Phantasma (S. 12) Ein Phantasma kann allgemein als eine innere Vorstellung, eine Illusion bezeichnet werden. Im Kontext des Textes ist Phantasma abwertend im Sinne eines Trugbildes oder einer Halluzination gemeint, die gleichwohl in der faschistischen Ideologie und Politik ganz handfest wirksam werden.

Postfordismus (S. 15), also geschichtlich nach dem Fordismus, ist die Wirtschaftsform, welche in den westlichen Industrienationen den Fordismus ablöste. Charakteristisch ist eine hohe Flexibilität bei der Arbeitsorganisation, was sich in prekären Arbeitsverhältnissen niederschlägt. Auch das Nutzen von Standortvorteilen für die Produktion (Outsourcing) ist ein Merkmal davon, was in Kombination mit einem sanktionierenden Wohlfahrtsstaat und mehr Frauen in vor allem schlecht bezahlten Berufen, auch in Deutschland, einen riesigen prekären Arbeitsmarkt geschaffen hat.

Postnationales Europa (S. 20) beschreibt ein Europa, das sich in erster Linie nicht mehr aus Nationalstaaten oder der Idee des Nationalen zusammensetzt. Postnationalismus ist ein Prozess, in dem die Nationalstaaten Relevanz zugunsten überstaatlicher Institutionen verlieren. Allerdings strebt Deutschland, dem postnationalen Image der

EU zum Trotz, im Europa der Nachkriegszeit hegemoniale Vorherrschaft an.

Prekarisierung (S. 15) meint die Ausweitung unsicherer Arbeitsverhältnisse auf vormals geschützte Bereiche. Im Neoliberalismus werden Arbeitsverhältnisse und Sozialhilfe abgebaut. So geraten weiße Facharbeiter in eine Situation der Verwundbarkeit, die Migrant_innen und Frauen schon vorher erlebten. Die Angst vor dem Fall in prekäre Verhältnisse wirkt gleichzeitig disziplinierend auf all jene, die (noch) nicht von Prekarität betroffen sind.

Ressentiment (S. 6) Eine auf (oft unbewussten) Vorurteilen basierende Abneigung oder ein Vorbehalt.

Säkularisierung (S. 37) ist der Prozess der Verweltlichung, in dem Religion an gesellschaftlicher Bedeutung und Einfluss verliert. Religiöse Dogmen können dabei verschwinden und gesellschaftliche Verhältnisse eher erkannt sowie verändert werden.

Subjekt (der kapitalistischen Gesellschaft, S. 12) Das Subjekt ist der neuen Rechten zufolge einerseits biologistisch und andererseits vom Schicksal von Volk und Nation bestimmt. Dabei greifen rassistische und sexistische Klassifikationen, ausgerichtet vor allem an weißer, bürgerlicher Männlichkeit. Dagegen gehen subjektkritische Theorien von Marx, Freud, Foucault etc. davon aus, dass das Subjekt gesellschaftlich produziert wird, vor allem durch die kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die politischen, sozialen, kulturellen und sexuellen Formen und Techniken ihrer Durchsetzung, Kontrolle, Absicherung und Reproduktion.

Troika (S. 24) bezeichnet ein Gremium aus EZB, IWF und Europäischer Kommission. Es hat während der sogenannten Euro-Krise ohne demokratische Kontrolle und Legitimation eine rabiate Sparpolitik in mehreren EU-Mitgliedsstaaten durchgesetzt.

Volksgemeinschaft (S. 13) ist eine nationale Gesinnungsgemeinschaft, die auf völkische und kulturelle Homogenität abstellt und sie durch Gleichschaltung, Ausgrenzung und Verfolgung bis hin zur Vernichtung durchsetzen will. Unterstellt wird, dass diese homogene Gemeinschaft der gesunde, quasi-natürliche Zustand sei und dass entsprechend an gesellschaftlichen Widersprüchen und Problemen, an Diversität, an Kämpfen und Konflikten unnatürliche, zersetzende Volksfeind_innen oder -schädlinge schuld sind, die es auszumerzen gilt.

www.nationalismusistkeinealternative.net
www.top-berlin.net

facebook.com/nika.kampagne
twitter.com/nika_kampagne
instagram.com/nika.bundesweit

facebook.com/top3rlin
twitter.com/top_b3rlin
instagram.com/topb3rlin

#turnleft_nika